

RT DE: News, Analyse und Meinung

Artikel der Woche, 14.07.–21.07.2023

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse	11
Meinung	26

News

Ukrainisches Parlament verlegt orthodoxes Weihnachtsfest

<https://freeassange.rtde.life/europa/175263-ukrainisches-parlament-verlegt-orthodoxes-weihnachtsfest/>

14.07.2023

Der Gesetzesentwurf, den das ukrainische Parlament in Kiew am Freitag verabschiedete, verlegt das orthodoxe Weihnachtsfest auf den 25. Dezember. Der Bischofskonzil der autokephalen Orthodoxen Kirche der Ukraine hatte die Verlegung bereits Ende Mai beschlossen.

Das ukrainische Parlament hat einem Gesetzentwurf zugestimmt, der das orthodoxe Weihnachtsfest vom 7. Januar auf den 25. Dezember verlegt. Das teilte der Abgeordnete Jaroslaw Schelesnjak von der Partei Golos (Stimme) am Freitag auf seinem Telegram-Kanal mit. Zuvor hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij einen entsprechenden Vorschlag gemacht. Der Zweck des Gesetzentwurfs lautete "Verzicht auf das russische Erbe". Die meisten Stimmen erhielt der Gesetzesentwurf von Selenskij's Partei "Diener des Volkes", die im Parlament die Mehrheit stellt.

Ende Mai hatte der Bischofskonzil der autokephale Orthodoxen Kirche der Ukraine beschlossen, auf einen neuen Kalender umzustellen und das Weihnachtsfest auf den 25. Dezember zu verlegen. Die autokephale Orthodoxe Kirche der Ukraine wurde auf Initiative des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko in Opposition zur kanonischen Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats Ende 2018 in Kiew gegründet.

* * *

FSB: Ukrainischer Attentatsversuch auf RT-Chefin vereitelt

<https://freeassange.rtde.life/russland/175326-fsb-attentatsversuch-auf-rt-chefredakteurin/>

15.07.2023

Laut einer Mitteilung des FSB wurden am Freitag Mitglieder einer Neonazi-Gruppe festgenommen, die die Ermordung von RT-Chefin Margarita Simonjan sowie der TV-Moderatorin Xenia Sobtschak geplant haben sollen.

Der Föderale Sicherheitsdienst der Russischen Föderation (FSB) und die Strafverfolgungsbehörden haben die Durchführung eines Attentats auf Margarita Simonjan, die Chefredakteurin der Mediengruppe Rossiya Segodnja und RT, sowie auf die TV-Moderatorin Xenia Sobtschak durch ukrainische Spezialdienste verhindert. Das teilte der FSB am Samstagmittag mit.

Am Freitag sollen Mitglieder der Neonazi-Gruppe "Paragraf-88" in Moskau und in der Region Rjasan festgenommen worden sein, als sie die Arbeits- und Wohnadressen von Simonjan und Sobtschak ausspionierten. Die Festgenommenen gaben an, dass man ihnen pro Mord eineinhalb Millionen Rubel versprochen habe, umgerechnet knapp 15.000 Euro.

Stellungnahme von Simonjan zu den Anschlagplänen

In einer Stellungnahme vor Journalisten sagte Simonjan am Samstag, es tue ihr sehr leid zu sehen, dass ein 18-jähriger Junge ihr wie erstarrt vorkam. Dass er dachte, dass die Sorge um sein Land damit vereinbar sei, Geld vom ukrainischen Geheimdienst zu nehmen, um die Meinungsmacher seines eigenen Landes zu töten, sei eine starke "kognitive Dissonanz".

"Vielleicht landet er im Gefängnis und geht von dort an die Front.... und vielleicht wird das Leben selbst, das Schicksal selbst, in den Schützengräben seinen Verstand zurechtrücken und er wird zum Ruhme unseres Vaterlandes dienen."

"Er wird dann bitter bereuen, was er vorhatte, und Gott danken, dass der Herr seine Hand zurückgezogen und ihn nicht tun lassen hat, was er tun wollte."

Zu sich selbst sagte Simonjan, sie habe keine Angst davor, für ihr Heimatland zu sterben, und sie wünsche, dass ihre Attentäter den Fehler ihres Handelns einsehen und ihr Leben neu beginnen werden.

"Es gibt Dinge, die schlimmer sind als der Tod. Ehrlosigkeit ist schlimmer als der Tod, Verrat ist schlimmer als der Tod, mit dem Gefühl zu leben, etwas Unentschuldbares getan zu haben, schlimmer ist als der Tod."

Vorläufiges Geständnis eines der Verdächtigen

Im Zuge der bisherigen Ermittlungen stellte der FSB bei den Festgenommenen ein Kalaschnikow-Sturmgewehr, 90 Patronen, Messer, Schlagringe, Gummiknüppel, Handschellen, Ärmelwinkel und Flaggen mit Nazi-Symbolen, Nazi-Literatur sowie Kommunikationsmittel und Computer sicher.

Auf den Computern sollen bereits Belege für die Absichten der Festgenommenen gefunden worden sein. Der FSB kündigte die Einleitung eines Strafverfahrens aufgrund extremistischer und terroristischer Motive gegen die mutmaßlichen Angreifer an. Einer der Verdächtigen legte ein vorläufiges Geständnis ab.

Demnach soll der er 18 Jahre alt sein und in Moskau leben. Laut eigenen Angaben habe er die Neonazi-Gruppe "Paragraf-88" gegründet und in der Folge mit Freunden Angriffe auf Personen mit nicht-slawischem Aussehen verübt. Später sei er vom ukrainischen Geheimdienst kontaktiert worden. Zunächst sei ihm und seiner Gruppe angeboten worden, gegen Geld Relaisschränke in Brand zu setzen. Danach habe man ihnen den Auftragsmorde an Margarita Simonjan und Ksenija Sobtschak angeboten.

"Ich führte eine Erkundung des Wohnorts von Simonjan durch, wofür ich Geld erhielt."

Als er an dem Ort ankam, an dem ihn eine Waffe übergeben werden sollte, sei er von Beamten des Geheimdienstes für das Gebiet Moskau festgenommen worden.

Frühere Attentate mit Verbindung zum SBU

Simonjan ist Chefredakteurin von *RT* seit dessen Gründung im Jahr 2005. Sie ist in der südrussischen Stadt Krasnodar geboren und aufgewachsen, ist verheiratet und hat drei Kinder. Sobtschak ist die Tochter des ehemaligen Bürgermeisters von Sankt Petersburg, Anatoli Sobtschak. Sie gilt als liberal. Aktuell betreibt sie einen Youtube-Kanal. Zuvor war sie Moderatorin einer in Russland beliebten Reality-TV-Show. Sobtschak ist verheiratet und hat ein Kind.

Im April wurde berichtet, dass sechs mutmaßliche Mitglieder der verbotenen Terrorgruppe *Nationaler Sozialismus/Weiße Macht* unter dem Verdacht festgenommen wurden, ein Attentat auf den bekannten russischen Journalisten Wladimir Solowjow vorbereitet zu haben. Die Ermittlungen ergaben, dass sie im Auftrag des ukrainischen Geheimdienstes SBU handelten.

Ebenfalls im April wurde der russische Militärblogger Maxim Fomin (Wladlen Tatarskij) bei einem Bombenanschlag in Sankt Petersburg ermordet. Die Hauptverdächtige, Daria Trepowa, gab Berichten zufolge nach ihrer Verhaftung an, dass sie von einem Mann rekrutiert worden sei, der mit dem ukrainischen Geheimdienst in Verbindung stand.

Im vergangenen Jahr wurde die russische Journalistin und Tochter des russischen Philosophen Aleksandr Dugin, Daria Dugina, durch eine Autobombe am Stadtrand von Moskau ermordet. Der FSB gab an, dass ukrainische Spezialdienste hinter dem Mord steckten. Die *New York Times* berichtete, dass auch US-Regierungsbeamte davon ausgingen, dass Kiew für den Mord verantwortlich war.

* * *

Verhaftung des Metropoliten Pawel: Patriarch Kirill bittet die Weltöffentlichkeit um Hilfe

<https://freeassange.rtde.life/europa/175337-verhaftung-metropoliten-pawel-patriarch-kirill-wendet-sich-an-weltoeffentlichkeit/>

15.07.2023

In Sachen des am Freitagabend in Kiew verhafteten Vorstehers des Kiewer Höhlenklosters, Metropolit Pawel, hat sich der Patriarch von Moskau Kirill an die Weltöffentlichkeit gewandt. Pawel drohe in der JVA die Verschlechterung seines Gesundheitszustandes und der Tod.

Kirill, das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, Patriarch von Moskau und der gesamten Rus, hat sich am Sonnabend an die Weltöffentlichkeit gewandt, mit einem Appell um Hilfe in

Sachen des am Freitagabend verhafteten Vorstehers des Kiewer Höhlenklosters, Metropolit Pawel. Das Schreiben wurde laut der Mitteilung auf *patriarchia.ru* unter anderem an die Primasse der Orthodoxen Weltkirchen, an Papst Franziskus, an andere Oberhäupter christlicher Kirchen und Religionsgemeinschaften, an den Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres, die Generalsekretärin der OSZE Helga Maria Schmid, die Generalsekretärin des Europarates Marija Pejcinović-Burić und den UN-Hochkommissar für Menschenrechte Volker Türk verschickt.

Die Verhaftung des Vikars des Kiew-Petschersker Höhlenklosters, Metropolit Pawel (Lebed), könne zu seinem Tod führen, sagte der Patriarch in seiner auf der Webseite der Russisch-Orthodoxen Kirche veröffentlichten Ansprache:

"Mit großer Besorgnis stelle ich fest, dass infolge der Änderung der Präventivmaßnahme gegen Metropolit Pawel, einen Mann im hohen Alter, von Hausarrest zu Haft ihm eine ernsthafte Verschlechterung seines Gesundheitszustandes droht und zu seinem Tod in einer Untersuchungshaftanstalt führen kann."

Er wies darauf hin, dass der Metropolit wegen seiner religiösen Überzeugungen strafverfolgt werde, was einen groben Verstoß gegen die Glaubensfreiheit darstelle:

"Diese ungerechte und offensichtlich von den ukrainischen Behörden diktierte Gerichtsentscheidung zielt darauf ab, die Gläubigen einzuschüchtern und sie zu zwingen, die Verteidigung ihrer Religionsfreiheit und ihrer Heiligtümer aufzugeben. Sie ist Teil der groß angelegten Verfolgung, die die ukrainischen Behörden gegen die ukrainisch-orthodoxe Kirche betreiben. Ein religiöser Mensch kann und darf nicht wegen seiner religiösen Überzeugungen derartigen repressiven Maßnahmen ausgesetzt werden."

Am Freitagabend hatte das Solomenski-Bezirksgericht von Kiew die Untersuchungshaft gegen den Vikar des weltberühmten Kiewer Höhlenklosters verhängt. Es hat zugleich eine Kaution von 33 Millionen Griwna (rund 900 Tausend US-Dollar) festgesetzt, mit der die Inhaftierung vermieden werden kann. Der Metropolit erklärte, dass er über solche Summen nicht verfüge. Er wurde daraufhin noch im Gerichtssaal verhaftet und in ein Kiewer Gefängnis abtransportiert. Ihm wird "Anstachelung zu religiösem Hass" vorgeworfen, da er in offenbar abgehörten Telefonaten seine Gesprächspartner darauf hingewiesen hat, dass die von Präsident Poroschenko ins Leben gerufene "Orthodoxe Kirche der Ukraine" nicht kanonisch sei.

Video: Metropolit Pawel (Lebed) wird nach der Gerichtsverhandlung am Freitag abgeführt

Die Staatsanwaltschaft hat entsprechende Artikel des ukrainischen Strafgesetzbuches zitiert. Die darin aufgeführten Sanktionen sehen bis zu acht Jahre Haft und die Beschlagnahmung von Eigentum vor.

Die neue Runde des Konflikts um das Kiewer Höhlenkloster hatte im März begonnen, nachdem das Kulturministerium den Pachtvertrag gekündigt und die Mönche aufgefordert hatte, das Kloster bis Ende des Monats zu verlassen. Der Leiter des Ministeriums, Alexander Tkatschenko, erklärte, die Mönche hätten bleiben können, wenn sie sich bereit erklärt hätten, der schismatischen "Orthodoxen Kirche der Ukraine" beizutreten.

* * *

Militär, Tourismus und Erdölförderung: Eritrea hofft auf fruchtbare Kooperation mit Russland

<https://freeassange.rtde.life/international/175390-eritrea-hofft-auf-fruchtbare-kooperation-mit->

[russland/](#)
16.07.2023

Infolge der westlichen Sanktionen schenkt Russland der Zusammenarbeit mit Afrika immer mehr Aufmerksamkeit. Afrikanische Länder sind ebenfalls an einer Kooperation interessiert. So hofft Eritrea auf einen Ausbau des Verhältnisses in den Bereichen Militär und Erdölförderung.

Der eritreische Botschafter in Moskau, Petros Tseggai, hat der russischen Nachrichtenagentur *RIA Nowosti* ein Interview gewährt, in dem er über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen erzählte. Der Diplomat ging auf ein Treffen zwischen den Präsidenten Wladimir Putin und Isayas Afewerki Ende Mai in Sankt Petersburg ein. Nach Angaben von Tseggai seien dabei Vereinbarungen in vielen Bereichen wie Kultur, Sicherheit und Militärkooperation getroffen worden. Obwohl es noch zu früh sei, über greifbare Ergebnisse zu sprechen, werde man sie in nächster Zukunft sehen.

"Momentan befinden sich die Länder am Anfang ihres langen Weges zu einer langen fruchtbaren Zusammenarbeit."

Tseggai bezeichnete das jetzige Niveau der Geschäftskontakte der beiden Länder als nicht besonders hoch. Man arbeite aber gerade daran, sie auf eine neue Ebene zu bringen. Zu diesem Zweck möchten Asmara und Moskau in nächster Zukunft ihre Delegationen austauschen.

Der Botschafter wies auch auf einzelne Bereiche hin, in denen eine Zusammenarbeit zwischen Eritrea und Russland besonders wichtig wäre. Tseggai erwähnte die schon seit Langem bestehende Militärkooperation und bekundete das Interesse seines Landes an russischen Rüstungserzeugnissen. Der Diplomat sprach sich auch für eine engere Zusammenarbeit bei der Erkundung von Erdölfeldern in Eritrea aus. Zwar liege das Land in einer Zone, in der Erdöl aktiv gefördert werde, es gebe jedoch bislang keine sicheren Angaben zu möglichen Erdölreserven in Eritrea. Deswegen müsse man gründliche Erkundungen durchführen.

"Wir hoffen, dass russische Unternehmen froh sein werden, uns einen gewissen Beistand in dieser Angelegenheit zu leisten."

Der Botschafter ging ferner auf das Potenzial seines Landes als Reiseziel für Urlauber aus Russland ein und hob hervor, dass Eritrea die Heimat der Vorfahren des großen russischen Dichters Alexander Puschkin sei. Tseggai beschwerte sich aber über den Mangel an geeigneten touristischen Infrastrukturen: Es gebe zu wenige erstklassige Hotels und Urlaubsorte – insbesondere an der Küste. Eritrea würde gerne Unternehmen aus Russland willkommen heißen, die sich an der Entwicklung solcher Infrastrukturen beteiligen möchten.

"Wenn wir eine entwickelte Tourismusinfrastruktur hätten, könnten wir allein aus Russland mehr als 200.000 Menschen jährlich empfangen."

Tseggai sagte, dass Eritrea ebenfalls ein Land sei, das unter Druck gesetzt werde. Das Land kämpfe dagegen schon seit 80 Jahren an. Seit letzter Zeit nehme jedoch der Druck aus Washington zu.

"Die USA streben danach, unser Land, unseren Präsidenten und unser Volk zu verleumdern und zu dämonisieren."

Der Diplomat nimmt an, dass dies daran liegen könnte, dass Eritrea seinen eigenen Weg gehen möchte.

* * *

Umfrage: 63 Prozent der Ukrainer haben durch den Krieg Verwandte oder Freunde verloren

<https://freeassange.rtde.life/international/175474-umfrage-63-prozent-ukrainer-haben/>

17.07.2023

Die Umfrage eines Kiewer Meinungsforschungsinstituts offenbart die dramatischen Verluste der Ukraine. Fast zwei Drittel der Befragten gaben an, mindestens einen Menschen im nahen Verwandten- und Freundeskreis verloren zu haben. Die Ukraine wird verheizt.

In einer Umfrage, die das Kyiv International Institute of Sociology zwischen Mai und Juni dieses Jahres durchgeführt hat, gaben 63 Prozent der Befragten an, sie hätten enge Verwandte oder Freunde gehabt, die durch den Krieg gestorben sind. Der ermittelte Medianwert liegt bei 3 Menschen, das heißt 63 Prozent haben im Schnitt drei enge Verwandte oder Freunde durch den Krieg verloren.

78 Prozent gaben an, enge Verwandte oder Freunde seien entweder verwundet oder getötet worden. Hier liegt der Medianwert bei 7 Menschen. Wiederum 64 Prozent gaben an, sie hätten enge Verwandte oder Freunde, die verwundet wurden.

Die Befragten wurden zufällig ausgewählt, die Befragung fand per Telefon statt. Befragt wurden Ukrainer in den von Kiew kontrollierten Gebieten. Die Bewohner der Krim und der von Russland kontrollierten Gebiete wurden in der Umfrage nicht berücksichtigt.

Die Umfragewerte sind dramatisch und erlauben Rückschlüsse auf die Verluste der Ukraine. Russland attackiert militärische Ziele \u4 bei den Verwundeten und Toten handelt es sich daher vor allem um Soldaten der ukrainischen Armee. Die Umfragewerte stützen die Vermutung, dass die Verluste der Ukraine extrem hoch sind. Anzumerken ist, dass die Umfrage zum Großteil vor Beginn der Gegenoffensive am 2023. Juni <> durchgeführt wurde. Schon vor Beginn der Gegenoffensive meldete das russische Verteidigungsministerium täglich Hunderte gefallener ukrainischer Soldaten. Die Zahlen sind unabhängig nicht überprüfbar, aber sie passen zu den Umfrageergebnissen. Mit der Gegenoffensive hat sich die vom russischen Verteidigungsministerium täglich angegebene Zahl noch einmal deutlich erhöht.

Vor diesem Hintergrund wirkt die Idee zynisch, mit immer weiteren Waffenlieferungen Frieden schaffen zu wollen. Deutsche Waffen würden Menschenleben retten, hat die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) behauptet. Die Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes belegt allerdings das genaue Gegenteil.

* * *

Cancel Culture: Politikwissenschaftler Johannes Varwick als Moderator von Fachtagung ausgeschlossen

<https://freeassange.rtde.life/inland/175504-cancel-culture-politikwissenschaftler-johannes-varwick/>

18.07.2023

Der Politikwissenschaftler Johannes Varwick zählt zu den wenigen Stimmen, die eine realpolitische Sicht auf den Ukraine-Krieg vertreten. Nun teilte ihm die "Deutsche Rentenversicherung Bund" mit, dass sie aufgrund seiner Positionierung im Ukraine-Krieg künftig darauf verzichten werde, ihn Fachtagungen moderieren zu lassen.

In der Bundesrepublik ist es mittlerweile allgegenwärtig, dass politisch unliebsame Meinungen mundtot gemacht werden und kritische Stimmen zunehmend Repressalien ausgesetzt sind. Jüngstes Beispiel für diese Entwicklung ist der Hallenser Politikwissenschaftler Johannes Varwick. Wie Varwick auf Twitter mitteilte, habe ihm am Montag die Deutsche Rentenversicherung Bund, für die er "anderthalb Jahrzehnte mit bester Resonanz sozialpolitische Fachtagungen moderieren durfte", mitgeteilt, dass sie künftig "aufgrund seiner Positionierung im Krieg gegen die Ukraine auf Varwicks Dienste verzichten werde".

"Die Deutsche Rentenversicherung Bund – für die ich anderthalb Jahrzehnte unter der Leitung von drei Präsidenten (Rische, Reimann und Roßbach) mit bester Resonanz sozialpolitische Fachtagungen moderieren durfte @FNA_DRV_Bund – teilt mir heute mit, künftig aufgrund meiner Positionierung im Krieg gegen die Ukraine auf meine Dienste zu verzichten."

Johannes Varwick ist seit 2013 Inhaber des Lehrstuhls für internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Zuvor war er unter anderem Mitarbeiter bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin und der Universität der Bundeswehr in Hamburg sowie von 2019 bis 2021 Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik.

Varwick gehört zu den wenigen Stimmen in der Bundesrepublik, die sich wiederholt gegen weitere Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen haben und vor einer Eskalation des Konflikts warnten.

Stattdessen plädierte er für eine Verhandlungslösung. Im derzeitigen politischen Klima in Deutschland erntet er dafür heftige Kritik. In Beiträgen für die *Berliner Zeitung* schrieb er selbst, dass die Debatte um den Krieg in der Ukraine immer giftiger werde und kritische Stimmen mundtot gemacht und auf schwarze Listen gesetzt werden. In einem weiteren Beitrag merkte er zudem an:

"Wer sich zu weit vom Mainstream entfernt, der wird kaltgestellt."

Varwick scheint die Neuigkeiten jedoch bislang "sportlich" nehmen zu wollen. In seinem Tweet schreibt er abschließend:

"Nun, ich bedaure, aber so it may be – es gibt schlimmere Kollateralschäden."

* * *

Rückschlag für "Wertewesten": EU drängt Lateinamerika vergeblich zu einer Verurteilung Russlands

<https://freeassange.rtde.life/amerika/175628-rueckschlag-fuer-wertewesten-eu-draengte/>

19.07.2023

Das erste große Gipfeltreffen der Europäischen Union mit lateinamerikanischen Staaten brachte eine Ohrfeige für "Wertewesten", da in der gemeinsamen Erklärung keine Verurteilung Russlands wegen Sonderoperation in der Ukraine zustande kam. Die EU-Kommission arbeitet derzeit daran, Chinas Neuer Seidenstraße ihr eigenes Projekt namens "Global Gateway" für den Globalen Süden entgegenzusetzen.

Das erste große Gipfeltreffen der Europäischen Union (EU) mit Repräsentanten lateinamerikanischer Staaten seit acht Jahren wurde von einem Streit über die Erklärung zum Ukraine-Krieg überschattet. Mit Russland verbündete Staaten wie Nicaragua, Venezuela und Kuba

setzten bei der zweitägigen Zusammenkunft in Brüssel durch, dass der Text keine Verurteilung Russlands wegen der militärischen Sonderoperation in der Ukraine enthält. Nicaragua wollte sogar am Ende nicht einmal einen Minimalkompromiss mittragen. Grund war nach Angaben von Diplomaten, dass in dem Entwurf der EU von einem "Krieg gegen die Ukraine" und der "Notwendigkeit eines gerechten und nachhaltigen Friedens" die Rede gewesen sei.

Die Erklärung war am Ende einen Rückschlag für den Westen. Denn die EU hatte sich auch zum Ziel gesetzt, mit der Erklärung des Gipfeltreffens eine gemeinsame Botschaft an den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu senden. Diesem sollte klar gemacht werden, dass er in der Weltgemeinschaft zunehmend "isoliert" sei.

Die Hoffnung war zudem, dass mächtige lateinamerikanische Länder wie Brasilien bei dem Spitzentreffen auf kleinere Staaten einwirken könnten, um diese zu einer Verurteilung Russlands zu bewegen. Am Ende konnte nun lediglich gemeinsam festgestellt werden, dass der noch andauernde Krieg in der Ukraine immenses menschliches Leid verursacht und so die realen Verwundbarkeiten der Weltwirtschaft noch verstärkt.

Die europäischen Unternehmen wollen, unterstützt von der EU-Kommission, in Südamerika investieren – etwa in Energieprojekte, in Infrastruktur und die Gewinnung von Rohstoffen. Die EU-Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen sprach von 45 Milliarden Euro, die in den nächsten vier Jahren fließen sollen. Die EU will damit ihrerseits offenbar China und Russland ausstechen, die sich ebenfalls bereits stark in Lateinamerika engagieren. Im Rahmen der "Global Gateway Initiative" der EU unterzeichnete Ursula von der Leyen während des Gipfeltreffens eine ganze Reihe von bilateralen Vereinbarungen. Das Projekt "Global Gateway Initiative" ist der Gegenentwurf zur globalen Wirtschaftsförderung durch die Volksrepublik China im Rahmen der Neuen Seidenstraße, die China auch auf Südamerika ausgeweitet hat.

* * *

Ukraine erklärt alle Schiffe zu militärischen Zielen, die russische Schwarzmeerhäfen anlaufen

<https://freeassange.rtde.life/international/175782-ukraine-erklaert-alle-schiffe-zu-russischen-haefen-zu-militaerischen-zielen/>

20.07.2023

Offenbar als "Vergeltung" für die Beendigung des Schwarzmeer-Getreideabkommens durch Russland hat das Verteidigungsministerium der Ukraine am Donnerstag angekündigt, alle Schiffe, die russische Schwarzmeerhäfen ansteuern, als Transporte militärischer Fracht anzusehen, "mit allen sich daraus ergebenden Risiken".

Die Ukraine wird ab dem 21. Juli Schiffe, die in den Gewässern des Schwarzen Meeres in Richtung russischer Seehäfen fahren, als Träger militärischer Fracht und damit "legitime militärische Ziele" betrachten, teilte das ukrainische Verteidigungsministerium am Donnerstag in seinem Telegram-Kanal mit.

Wörtlich lautet die Warnung:

"Das Verteidigungsministerium der Ukraine warnt, dass ab 00:00 Uhr (Moskauer Zeit) am 21. Juli 2023 alle Schiffe, die in den Gewässern des Schwarzen Meeres in Richtung der Seehäfen der Russischen Föderation und der ukrainischen Seehäfen auf dem vorübergehend von Russland besetzten Territorium der Ukraine unterwegs sind, von der Ukraine als Transporte militärischer Fracht mit allen sich daraus ergebenden Risiken betrachtet werden

können."

Das ukrainische Verteidigungsministerium kündigte außerdem ein Verbot der Schifffahrt in den Gebieten des nordöstlichen Teils des Schwarzen Meeres und der Straße von Kertsch ab dem 20. Juli an. Kiew hat bereits die entsprechenden Navigationsinformationen veröffentlicht.

Einen Tag zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium erklärt, dass ab dem 20. Juli alle Schiffe, die im Schwarzen Meer ukrainische Häfen anlaufen, als potenzielle Träger militärischer Fracht betrachtet werden. Die Flaggenstaaten dieser Schiffe werden als in den Ukraine-Konflikt auf der Seite des Kiewer Regimes verwickelt betrachtet.

Gleichzeitig wurden einige Gebiete im nordwestlichen und südöstlichen Teil der internationalen Gewässer des Schwarzen Meeres vorübergehend als gefährlich für die Schifffahrt deklariert.

Russland hatte der Türkei, der Ukraine und den Vereinten Nationen am 17. Juli mitgeteilt, dass es die Verlängerung eines Getreideabkommens ablehnt, das die Ausfuhr von Getreide aus ukrainischen Häfen am Schwarzen Meer ermöglicht hat. Dies bedeutete, dass Moskau die Garantien für die Sicherheit der Schifffahrt zurückzog und den humanitären Seekorridor im nordwestlichen Schwarzen Meer einschränkte.

Russland betonte, dass diese Entscheidung aufgrund der Nichteinhaltung von Vereinbarungen über die Aufhebung von Beschränkungen für die Ausfuhr von Lebensmitteln und Düngemitteln aus dem Land auf die Weltmärkte getroffen wurde. Gleichzeitig erklärte Dmitri Peskow als Sprecher des russischen Präsidenten, Moskau sei bereit, unverzüglich zur Umsetzung des Abkommens zurückzukehren, sobald auch der Russland begünstigende Teil dieses Abkommens erfüllt wird.

* * *

Vorwurf der dubiosen Finanzierung von LNG-Terminals vor Rügen

<https://freeassange.rtde.life/inland/175860-vorwurf-der-dubiosen-finanzierung-von-lng-terminals-vor-ruegen/>

21.07.2023

Stammt die Finanzierung der zwei Flüssigerdgas-Terminals vor Rügen zum Teil aus einem sogenannten "Geldwäsche-paradies"? Gegner der geplanten Importanlage vor der Ostseeinsel werfen der Betreiberfirma Deutsche ReGas einen intransparenten Finanzierungshintergrund vor und haben einen Anwalt eingeschaltet.

Ein "Prestige-projekt" von Bundeskanzler Olaf Scholz gerät zunehmend in die Kritik. Der Vorwurf: Die Finanzierung der zwei Flüssigerdgas-Terminals vor Rügen soll zum Teil aus einem sogenannten "Geldwäsche-paradies" stammen.

Gegner der geplanten Importanlage für Flüssigerdgas (LNG) vor der Ostseeinsel Rügen haben der Betreiberfirma Deutsche ReGas einen intransparenten Finanzierungshintergrund vorgeworfen. Recherchen hätten mehrere Ungereimtheiten unter anderem zur Herkunft des Geldes für das privatwirtschaftlich finanzierte Unterfangen ergeben, erklärte der Rechtsanwalt Reiner Geulen, der die Gemeinde Ostseebad Binz auf Rügen vertritt. Eine Untersuchung durch die Finanzermittler des Zolls sei angezeigt.

Kritik an dem Projekt kommt vor allem von der örtlichen Tourismusbranche sowie von Umwelt- und Klimaschützern. Die Bundesregierung verweist hingegen auf die "Versorgungssicherheit Deutschlands".

Die Firma Deutsche ReGas betreibt bereits ein LNG-Terminalschiff im Hafen von Lubmin, das mit dem Bau der neuen Anschlussinfrastruktur nach Mukran verlegt werden soll. Hinzukommen soll ein weiteres schwimmendes Terminal. Medienberichten zufolge hatte sich Bundeskanzler Olaf Scholz persönlich dafür eingesetzt, dem Privatunternehmen den Zuschlag zu geben. Alle anderen bereits betriebenen oder geplanten LNG-Terminals in Deutschland befinden sich in staatlicher Hand.

Anwalt Geulen macht nun geltend, dass die Deutsche ReGas Kapital unter anderem aus einem Fonds auf den als Geldwäsche- und Steuerparadies geltenden Cayman Islands bezogen habe. Er erklärte:

"Da Kapitaltransfers von den Cayman Islands nach Deutschland ohnehin besonderen Aufklärungs- und Meldepflichten (unterliegen), ist nach unserer Auffassung notwendige Transparenz zu schaffen."

Die Abwicklung der Kapitaltransfers sei zudem über zwei Gesellschaften – der WCP Deutschland GmbH und der Grundwerte Verwaltungs GmbH – gelaufen, bei denen es sich nach Recherchen der LNG-Gegner um Briefkastenfirmen handle. Insgesamt sei die Herkunft der von der Deutschen ReGas angekündigten Eigenmittel in Höhe von bis zu 200 Millionen Euro für das Projekt höchst intransparent, erklärte Geulen. Die Financial Intelligence Unit des Zolls müsse dies prüfen.

Die Deutsche ReGas wies die Vorwürfe zurück und erklärte:

"Die Deutsche ReGas ist ein mittelständisches Unternehmen, das von Ingo Wagner und Stephan Knabe gegründet wurde, um in einer energiewirtschaftlichen Notsituation zu helfen, um Deutschland und vor allem die östlichen Bundesländer mit dem notwendigen Erdgas zu versorgen. (...) Sie ist vollständig durch Eigenkapital finanziert und erhält keine staatlichen Mittel."

Bislang getätigte Investitionen in Höhe von rund 100 Millionen Euro sollen demnach aus dem Verkauf von Aktienanteilen an "interessierte Investoren" stammen. Die Herkunft der Gelder sei auch vonseiten Dritter geprüft worden. Geld aus besagtem Fonds von den Cayman Islands habe die Deutsche ReGas nicht erhalten.

Auch die Bezeichnung der Partnergesellschaften als Briefkastenfirmen sei haltlos, so das Unternehmen. Die Gemeinde Binz habe bislang jeden Dialog verweigert und beschreibe nun "den Weg der Desinformation" und der "öffentlichen Diskreditierung".

* * *

Analyse

Ukraine schickt eigene Soldaten trotz gescheiterter Offensive in den Tod

<https://freeassange.rtde.life/international/175281-ukraine-schickt-eigene-soldaten-trotz/>

14.07.2023

Die ukrainische Offensive ist gescheitert. Orte, für deren Eroberung wenige Tage eingeplant wurden, sind nach über einem Monat immer noch nicht eingenommen worden, und Zehntausende Soldaten sind gefallen. Dennoch schickt Kiew seine Soldaten weiterhin in den Tod.

Von Boris Roschin

Die 40 Tage der ukrainischen Offensive am Frontabschnitt Saporoschje lassen den Schluss zu, dass die ursprünglichen Pläne des ukrainischen Militärs, mit Unterstützung der NATO vorzustoßen, an allen Hauptangriffsrichtungen gescheitert sind.

Am Frontabschnitt Orechow blieb die ukrainische Offensive bei Pjatichatki und Rabotino stecken, am Wremewka-Vorsprung steckt das ukrainische Militär bei Prijutnoje, Makarowka, Uroschajnoje und Nowodonezkoje fest.

Dabei war es gemäß den geleakten ukrainischen Operationsakten vorgesehen, diese Ortschaften zwischen dem dritten und dem fünften Tag der Offensive zu besetzen und von dort aus in Richtung Wassiljewka, Tokmak, Pologi und Wolnowacha vorzustoßen, um mit Melitopol das strategische Ziel zu erreichen. Anschließend sollte weiter nach Berdjansk und Mariupol vorgestoßen werden, um die Landbrücke entlang der Küste des Asowschen Meeres zu durchschneiden.

Gerade für diese und ähnliche Pläne des ukrainischen Militärs wurden im Verlauf des Winters und Frühlings 2023 riesige Waffenmengen übergeben: Panzer, Schützenpanzer, gepanzerte Mannschaftstransporter, MRAP-Fahrzeuge, Selbstfahrlafetten, Artillerie, Flugzeuge, Hubschrauber, Marschflugkörper und Pionierfahrzeuge. Gerade dafür wurden mehrere Monate lang in der Ukraine und im Westen Brigaden der strategischen Reserve vorbereitet, die die russische Front durchbrechen und den Kampfverlauf zugunsten des ukrainischen Militärs entscheiden sollten.

Doch die Realität erwies sich als anders. Der heldenhafte und erbitterte Widerstand der russischen Streitkräfte in Verbindung mit sachkundiger Arbeit zur Vorbereitung von Verteidigungsstellungen vereitelte die Pläne des Gegners. Das russische Kommando übergab dem Gegner bewusst die Initiative am Frontabschnitt Saporoschje, damit das ukrainische Militär versucht, die gestaffelte Verteidigung zu durchbrechen, sodass sich seine Angriffskräfte erschöpfen und ausbluten.

Teilweise ist dies jetzt schon gelungen. Kiew verbrauchte zwar nicht alle angesammelten Kräfte, doch ein Teil der Sturmbrigaden, die mit einer solchen Mühe unter westlicher Beteiligung aufgestellt wurden, erlitten schwere Personal- und Materialverluste, was ebenfalls die Kampfmoral beeinträchtigte.

Mehr noch, nach einem Misserfolg im Gebiet Saporoschje, der auch im Westen zur Kenntnis genommen wurde, versuchte das ukrainische Militär eilig, den Druck am Frontabschnitt Artjomowsk zu steigern, und warf einen Teil der Reserven dorthin, um zumindest kleine Erfolge zu

erreichen.

Ein weiterer Teil der Reserven, die den in Saporoschje ausgebliebenen Erfolg kompensieren sollten, wurden an die Frontabschnitte Swatowo und Kupjansk verlegt. Allerdings hatten sie eine andere Aufgabe, nämlich den Vormarsch der russischen Streitkräfte zum Fluss Oskol und Kupjansk aufzuhalten.

Diese Lage zerbricht die ursprüngliche Konfiguration der ukrainischen Offensive an den wichtigsten Frontabschnitten. Selbstverständlich wurde all dies so offensichtlich, dass nach westlichen Militäranalysten sowohl die westliche Mainstreampresse als auch die ukrainischen Militärangehörigen selbst, die die blutigen Kosten der Offensive bei unbedeutenden Ergebnissen sehen, vom Scheitern der ukrainischen Juni-Offensive zu sprechen begannen.

Natürlich kommen Fragen an das ukrainische Kommando auf, das weiterhin Menschen zu "Fleischstürmen" treibt, um zumindest einen medialen Sieg zu erringen und die bisherigen Verluste zu rechtfertigen. Allein am Frontabschnitt Saporoschje betrug die unwiederbringlichen Verluste der ukrainischen Truppen knapp 30.000 Menschen.

Doch schließlich steigt der blutige Preis der gescheiterten Offensive weiterhin an, was besonders an den Kämpfen beim bisher kaum bekannten Dorf Pjatichatki deutlich wird.

Übersetzt aus dem Russischen.

Boris Roschin ist ein Experte des Zentrums für militärpolitische Journalistik. Man kann ihm auf seinem Telegram-Kanal folgen.

* * *

Trübe Aussichten: Der Niedergang Deutschlands und Zerfall Europas haben wirklich begonnen

<https://freeassange.rtde.life/europa/175145-der-niedergang-deutschlands-und-der-zerfall-europas-haben-wirklich-begonnen/>

15.07.2023

Berichte und Prognosen über die voranschreitende Deindustrialisierung Deutschlands werden oftmals mit einem müden Lächeln oder gar Belustigung aufgenommen. Nun hat der Präsident der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) die trüben Aussichten bestätigt. Ist auch danach noch jemandem zum Lachen zumute?

Von Sergei Sawtschuk, RIA Nowosti

Das Fundament der Europäischen Union wankt und wankt immer stärker. Kaum haben sich Gesellschaft und Wirtschaft von der Aussage Robert Habecks ("China und die USA werben aggressiv Unternehmen aus Europa ab") erholt, dass man nur noch ein halbes Jahr Zeit hat, um die deutsche Industrie zu retten, die ohne russisches Gas an hohen Energiepreisen leidet, tritt der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) Michael Vassiliadis vor die Öffentlichkeit und bestätigt die Richtigkeit dieser Einschätzung.

Vassiliadis sprach unter Berufung auf aktuelle Statistiken vollendete Tatsachen aus. Eine dieser Tatsachen ist, dass die deutsche Chemieindustrie – eine der tragenden Säulen des realen Sektors und ein wichtiger Beitragszahler für den Staatshaushalt – bereits jetzt Produktionsstätten schließt und ins Ausland verlagert.

Deutschlands oberster Bergmann, Chemiker und Energietechniker ist so frustriert, dass er sich nicht länger versteckt und nun offen mit dem Finger auf die Hauptnutznießer von Prozessen zeigt, die für das Land äußerst traurig sind. Laut Vassiliadis wandern Fabriken und Anlagen mit ihrem gesamten Personal und technischen Material in die Vereinigten Staaten oder nach China ab.

Die Regierungen dieser Länder haben, wie Berlin plötzlich erkannt hat, im Vorfeld Mechanismen finanzieller Anreize und Präferenzen entwickelt und in die Praxis umgesetzt, die sie für Großunternehmen und die Industrie viel attraktiver machen. Washington und Peking bieten Unternehmen und Konzernen entweder Steuererleichterungen oder beeindruckende Rabatte, vor allem aber wird allen Neuankömmlingen ein Meer von billiger Energie angeboten. Zuallererst natürlich Strom – zu Preisen, die Brüssel und die nationalen Zentren Europas nicht unterbieten können.

Wir verstehen die Skepsis vieler Menschen bei solchen Nachrichten und Prognosen: Über die Probleme Europas wird seit Langem und viel geschrieben, und deshalb lösen solche Veröffentlichungen Gähnen und manchmal sogar Irritation aus. Lassen wir den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) zu Wort kommen, dessen Mitarbeiter kürzlich eine umfassende Analyse der Stimmung in ebendieser Branche durchgeführt haben.

Nach den Antworten der Befragten haben 16 Prozent der deutschen Mittelständler bereits konkrete Schritte unternommen, um ihre Produktionsstätten ins Ausland zu verlagern. Weitere 30 Prozent prüfen diese Möglichkeit und überlegen, wohin sich eine Verlagerung für sie lohnen würde. Insgesamt ist das fast die Hälfte des Segments. Fast die Hälfte der deutschen Unternehmen mit einem Umsatz von bis zu 50 Millionen Euro geben die steigenden Energiepreise als Hauptgrund für die Abwanderung an.

Natürlich klingen die Namen der großen Unternehmen und Fabriken viel beeindruckender, aber jeder Wirtschaftswissenschaftler weiß, dass der Mittelstand das Rückgrat einer jeden Volkswirtschaft ist und sowohl für Arbeitsplätze vor Ort als auch für Kaufkraft in den Regionen sorgt. Per definitionem kann es nicht viele riesige Fabriken geben, es gibt jedoch in jedem Land viele Betriebe, Werkstätten, Produktionsstätten mit 100 bis 250 Arbeitsplätzen.

Vor dem Hintergrund dieser für Berlin bitteren Realität erinnert Vassiliadis daran, dass Washington bereit ist, im Rahmen des sogenannten Inflation Reduction Act bis zu 500 Milliarden Dollar zur Stabilisierung seines Finanzsystems auszugeben. Der wichtigste Aspekt dieses Programms ist die Stärkung des realen Sektors und die Steigerung der Produktion. Einfach ausgedrückt: Washington wird den Löwenanteil dieses Geldes für alle möglichen Subventionen und Vergünstigungen für Industrieansiedler ausgeben, wenn diese nur aus der Alten Welt in die Neue Welt umziehen.

Die europäischen Hersteller medizinischer Geräte stimmen in den allgemeinen Chor ein. Diejenigen, die es geschafft haben, den Anstieg der Energiepreise zu überleben, wurden von den neuen regulatorischen Beschränkungen der Europäischen Union getroffen, die die unterschiedlichsten Anforderungen für medizinische Geräte verschärft haben. Während Berlin und Brüssel Erfolge vorgaukelten, haben die Hersteller ihre Produktion deutlich zurückgefahren – so sehr, dass nach Angaben der deutschen Ärzteverbände in einigen Regionen inzwischen akute Engpässe herrschen. Alles ist so "wunderbar", dass sogar die EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides nun vorschlägt, die Einführung neuer Regeln mindestens bis 2027 zu verschieben, damit sich spezialisierte Firmen und Unternehmen an die neue Realität in Europa anpassen können.

Dieser Aufschub gibt ihnen aber auch Zeit, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern, was angesichts des allgemeinen Trends durchaus eine Option ist.

Um unser Bild noch anschaulicher zu machen, erteilen wir Vassiliadis noch einmal das Wort. Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) gab es im vergangenen Jahr einen historischen Negativrekord bei den Unternehmensinvestitionen in der deutschen Realwirtschaft. Investoren innerhalb der EU sind immer weniger bereit, in staatliche oder gesamteuropäische Projekte zu investieren, und ziehen immer schneller Vermögenswerte in die USA und China ab. Die DIW-Analysten bezeichnen die Gesamtsituation als äußerst besorgniserregend.

Bereits im September letzten Jahres hatten wir über den Beginn des großen Exodus der Industrie aus Deutschland geschrieben. Damals, ich erinnere mich, hatten viele das für so etwas wie ein Feuilleton von Michail Sadornow gehalten (*sowjetischer und russischer Satiriker, dessen Witze die Unzulänglichkeiten und Paradoxien der USA und des Westens allgemein zum Gegenstand hatten – Anm. d. Red.*).

Ein Dreivierteljahr später bestätigt die deutsche Wirtschaft selbst all dies: BASF und Volkswagen sind abgewandert, und das Produktionscluster von Tesla ist in die USA zurückgekehrt. Die norwegische Yara International, RHI Magnesita, ArcelorMittal, OCI N.V. und viele andere reißen sich hinter ihnen in die Exodus-Karawane ein. Diese Unternehmen sind nicht deutsch, aber auch sie haben beschlossen, ihr Glück jenseits des Atlantiks zu versuchen.

Lassen Sie uns zum Abschluss noch eine Veröffentlichung des Forsa-Instituts für Sozialforschung auf die Leinwand bringen. Demnach sind 77 Prozent der Bundesbürger unzufrieden mit der Arbeit der derzeitigen Regierung von Olaf Scholz, während es im Februar "nur" 64 waren. Warum wohl?

Übersetzung aus dem Russischen. Der Artikel ist zuerst am 13. Juli 2023 auf ria.ru erschienen.

* * *

Polen behindert seinen regionalen Führungsanspruch, indem es versuchte, Deutschland auszutricksen

<https://freeassange.rtde.life/international/175364-polen-behindert-seinen-regionalen-fuehrungsanspruch-indem-es-versuchte-deutschland-auszutricksen/>

16.07.2023

Deutschland kann nun behaupten, ein verlässlicher und langfristiger militärischer Partner für die Ukraine zu sein, während Litauen voraussichtlich jene Rolle einnehmen wird, die Polen bei der Reparatur ukrainischer Panzer hätte spielen sollen.

Von Andrew Korybko

Ein Sprecher des deutschen Verteidigungsministeriums gab am vergangenen Mittwoch bekannt, dass die Panzer Leopard 2A5 und Leopard 2A6 in Deutschland und wahrscheinlich in Litauen repariert werden, nachdem die Verhandlungen mit Polen über die Einrichtung eines Wartungszentrums für deutsche Panzer aus der Ukraine gescheitert sind. Wie bereits zuvor analysiert, hing viel vom Ergebnis der deutsch-polnischen Verhandlungen ab, weshalb erwartet wurde, dass Berlin und Warschau einen Kompromiss finden würden, vor dem Hintergrund, dass dieses Vorhaben für beide Seiten von Vorteil gewesen wäre.

Dieses Vorhaben wird jedoch nicht in die Tat umgesetzt, weil Polen nicht mit guten Absichten verhandelt hat. Anstatt ernsthaft zu versuchen, eine Einigung zu erzielen, wollte Warschau seinen Nachbarn lediglich austricksen, indem man Berlin für die Reparatur der Panzer auf polnischem Territorium überrissene Kosten unterbreitete. Im Nachhinein betrachtet, könnte sich die polnische

Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) ausgerechnet haben, dass damit ein kreativer Weg beschritten werden könnte, um durch die Hintertür sogenannte "Reparationszahlungen" aus Deutschland herauszuholen, für die Folgen des Angriffskriegs auf Polen im Zweiten Weltkrieg. Oder aber die PiS hat die Verhandlungen von vornherein zum Scheitern bringen wollen, um Berlin im Rahmen des kommenden Wahlkampfes als Schwarzen Peter anzuführen.

Unabhängig von den wahren Beweggründen ist das Ergebnis der gescheiterten Verhandlungen, dass Polen lediglich noch ein Transitstaat für die beschädigten deutschen Panzer aus der Ukraine sein wird, anstatt wie ursprünglich beabsichtigt ein Wartungszentrum zu beherbergen. Das vorgesehene ehrgeizige Vorhaben scheiterte entweder aus politischen Gründen, um im Zusammenhang mit historischen Missständen eine überrissene Gewinnspanne anzustreben oder um die polnische Bevölkerung vor den Wahlen im Herbst auf einen nationalistischen, antideutschen Kurs einzustimmen und sie um die Regierungspartei zu scharen. Das Scheitern dieses Vorhabens erschwert jedoch die Pläne Polens, eine Führungsrolle in der Region einzunehmen.

Deutschland kann nun behaupten, ein verlässlicher und langfristiger militärischer Partner für die Ukraine zu sein, was dazu beiträgt, seine Rolle als wichtigster NATO-Verbündeter der USA zu stärken, während Litauen voraussichtlich jene Rolle einnehmen wird, die Polen hätte spielen sollen, und so seine eigene regionale Bedeutung stärken kann. Darüber hinaus ist dieses kleine baltische Land bereits auf diplomatischer Ebene weit über die Landesgrenzen hinaus aktiv geworden, indem es sich mit den russischen und chinesischen Rivalen seiner amerikanischen Paten angelegt hat. Jetzt kann es dem zusätzlich eine militärische Dimension hinzufügen.

Litauen wird voraussichtlich nicht nur deutsche Panzer aus der Ukraine reparieren, sondern plant auch, dauerhaft 4.000 deutsche Soldaten zu beherbergen, was zusammengenommen dazu führen wird, dass es zum östlichsten militärischen Außenposten der de facto Führungsnation der EU wird. Indem es sich für Deutschlands hegemoniale Ambitionen unentbehrlich macht, kann Litauen präventiv das Szenario abwenden, durch den Aufstieg Polens zu einem Vasallen Warschaus zu werden, und kann außerdem versuchen, die traditionellen Rivalen Polen und Deutschland gegeneinander auszuspielen.

Ohne es vielleicht zu bemerken, behinderte die PiS mit ihrem Vorgehen bei den Verhandlungen mit Deutschland lediglich Polens angestrebten regionalen Führungsanspruch, indem man sich praktisch die Möglichkeit nahm, Litauen wieder in den Einflussbereich von Warschau zu ziehen und die vor langer Zeit verloren gegangene Polnisch-Litauische Union (1385 bis 1795) in einer postmodernen Form neu zu beleben. Durch das sogenannte "Lublener Dreieck" sind beide Länder gegenüber der Ukraine offiziell immer noch gleichberechtigte Partner, aber es wird für Warschau jetzt viel schwieriger sein als zuvor, als "Erster unter Gleichen" aufzutreten, nachdem Vilnius Berlin solide hinter sich weiß. Das Scheitern der Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau wird die hegemonialen Bestrebungen Polens ins Stocken bringen – zugunsten jener der Deutschen.

Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass der erfolglose Versuch der PiS, seinen westlichen Nachbarn auszutricksen, für Polen unerwartete Folgen mit sich gebracht hat, indem Litauen in die Lage versetzt wurde, den Aufstieg Polens selbstbewusster auszugleichen, was die angestrebte Dimension in der Ostpolitik der polnischen Regierungspartei untergräbt.

Aus dem Englischen

Andrew Korybko ist ein in Moskau ansässiger amerikanischer Politologe, der sich auf die US-Strategie in Afrika und Eurasien sowie auf Chinas Belt & Road-Initiative, Russlands geopolitischen Balanceakt und hybride Kriegsführung spezialisiert hat.

* * *

Das verkürzte deutsche Narrativ: Jacques Baud zur Entstehung des Ukraine-Konflikts

<https://freeassange.rtde.life/inland/175391-verkuerzte-deutsche-narrativ-jacques-baud/>

17.07.2023

Der Schweizer Nachrichtendienstler a. D. Jacques Baud beleuchtet die Entwicklung bis hin zum Krieg in der Ukraine. Dabei wird deutlich: die von deutschen Medien und deutschen Politikern verbreitete Ansicht ist verkürzt. Deutschland hat wesentlichen Anteil an der Eskalation.

Von Gert Ewen Ungar

Verfolgt man die Berichterstattung in den großen deutschen Medien und den sozialen Netzwerken, dann beginnt der Ukraine-Konflikt angeblich erst am 24. Februar 2022 mit einem unprovokierten Angriff Russlands. Dass diese Sicht absolut verkürzt ist, ist offenkundig. Umso wichtiger ist es, den gesamten Vorlauf zu erzählen, der zu diesem Krieg führte.

Ein Experte, der das mit viel Sachverstand ergründet vorträgt und dabei mit vielen Belegen unterfüttert, ist der Schweizer Jacques Baud. Baud arbeitete für den Schweizer Strategischen Nachrichtendienst und war dort während des Kalten Krieges Analyst für den sogenannten Ostblock, also die Staaten des Warschauer Vertrages als Pendant zur NATO. Später arbeitete Baud auch für die Vereinten Nationen und schließlich für die NATO.

Trotz all seiner biographischen Daten sieht sich Baud heute dennoch dem Vorwurf ausgesetzt, ein Agent des Kremls zu sein. Das sagt viel darüber aus, wie einseitig die Diskussion im Westen mittlerweile geführt wird. Man will sich aus der jahrzehntelangen Verantwortung für die Entstehung des Konflikts stehlen. Dass der Westen und auch Deutschland eine Verantwortung für die Entstehung und Eskalation dieses Konflikts zu übernehmen haben, macht der Vortrag Bauds deutlich, den er im Rahmen des 36. Pleisweiler Gesprächs gehalten hat, das von den *NachDenkSeiten* veranstaltet wurde.

Schon mit der Einladung an die Ukraine zum NATO-Beitritt auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im Jahr 2008 verletzte der Westen bewusst die Sicherheitsinteressen Russlands. Er verletzt damit zudem das völkerrechtliche Prinzip, dass kein Land seine Sicherheit auf Kosten der Sicherheit eines anderen Landes erhöhen darf.

Baud macht deutlich, dass die Ukraine faktisch einen Sieg über Russland erreichen müsste, um gemäß ihrem Ziel der NATO beitreten zu können. Das birgt ein extrem hohes Eskalationspotential.

Baud räumt auch mit der unbewiesenen, aber stets wiederholten Behauptung auf, russische Soldaten würden bereits seit 2014 im Donbass gegen die Ukraine kämpfen. Russische Soldaten waren seit dem Maidan-Putsch und bis zum 24. Februar 2022 nie in einer relevanten Zahl im Donbass aktiv, belegt Baud unter Bezugnahme auf geheimdienstliches Material. Es handelt sich bei dem Konflikt im Osten der Ukraine um einen klassischen Bürgerkrieg. Kiew tötet seit 2014 die eigenen Bürger in einer angeblichen "Antiterrormaßnahme".

Minsk 2 war der diplomatische Versuch, diesen Konflikt zu befrieden und die territoriale Integrität der Ukraine zu erhalten – ausgenommen blieb dabei allerdings die Krimfrage, führt Baud aus. Obwohl es starke Bestrebungen der Donbass-Republiken gab, sich von der Ukraine abzuspalten und in Russland einzugliedern, war es vor allem Russland, wo man bis zuletzt auf

Friedensverhandlungen setzte. Das Verhandlungsergebnis, der völkerrechtlich bindende Vertrag Minsk 2, wurde durch den Westen von Anfang an sabotiert. Bei der Sabotage ganz vorne mit dabei war Deutschland. Es bestand im Westen und in der Ukraine nie die Absicht, die Vereinbarung umzusetzen. Vor allem vor diesem Hintergrund wirkt das Russland-Bashing verlogen, zu dem sich deutsche Medien und alle maßgeblichen deutschen Politiker hinreißen lassen.

Besonders interessant sind Bauds Ausführungen zu den Ereignissen direkt vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine. Eine ukrainische Offensive stand erkennbar unmittelbar bevor, Russland sicherte schließlich mit der Anerkennung der Donbass-Republiken, der sich unmittelbar die Bitte dieser Republiken um militärischen Beistand anschloss, die völkerrechtliche Legitimation der militärischen Spezialoperation. Baud verweist in diesem Zusammenhang auf das völkerrechtliche Prinzip der Schutzverantwortung, die sogenannte Responsibility to Protect, auf das sich Russland dabei beruft.

Wer dem Vortrag Bauds folgen konnte, wird nicht umhinkommen festzustellen, dass das politische und mediale Deutschland mit seinem Blick auf die Vorgänge in der Ukraine international ziemlich isoliert dasteht. Klar wird auch die Motivation: Deutschland versucht sich aus der historischen Verantwortung zu stehlen, denn es hat einen maßgeblichen Beitrag zur Eskalation in der Ukraine geleistet.

Es ist ein Verdienst der *NachDenkSeiten*, Vorträgen wie diesem von Jacques Baud Raum zu geben. Sie sind umso wichtiger in einer Zeit, in der sich die großen deutschen Medien nicht mehr um journalistische Objektivität bemühen und stattdessen das Propagieren einseitiger, verkürzter Sichtweisen auf komplexe Zusammenhänge im deutschen Mainstream inzwischen der Regelfall ist.

* * *

Wie Russland den Schutz der Krim-Brücke verstärken kann

<https://freeassange.rtde.life/russland/175581-wie-russland-schutz-krimbruecke-verstaerken/>

18.07.2023

Die Ukraine hat die Krim-Brücke ein weiteres Mal angegriffen. Auch wenn die Beschädigungen nicht kritisch sind, ist es laut Experten notwendig, den Schutz der Brücke zu verstärken. Sie erklärten, welche Maßnahmen verfügbar sind und was dafür nötig ist.

Von Aljona Sadoroschnaja

In der Nacht zu Montag ist der Straßenbelag der Krim-Brücke beschädigt worden. Wie Russlands Antiterrorkomitee meldete, steht hinter dem Angriff die Ukraine, der Anschlag sei mit Hilfe von zwei Überwasserdrohnen ausgeführt worden. Ein Strafverfahren wegen eines Terroranschlags wurde eingeleitet.

Dies ist bereits der zweite Terroranschlag auf die Krim-Brücke in den vergangenen neun Monaten. So hatte die Ukraine im Oktober eine Explosion organisiert, bei der zwei Brückenöffnungen beschädigt wurden.

Neubewertung der Gefahren

"Ein weiterer Terroranschlag zeigt, dass es im Verteidigungssystem der Krim-Brücke Schwachstellen gibt. Offensichtlich wurden sie bei der Ausarbeitung der Schutzmaßnahmen für eines der wichtigsten Infrastrukturobjekte unterschätzt", sagte Igor Korotschenko, Chefredakteur der Zeitschrift *Nazionalnaja oborona* [*Nationale Verteidigung*].

"Deswegen muss man heute folgendermaßen handeln: Unter Beteiligung von Vertretern aller zuständigen Sicherheitsbehörden sowie von Experten relevanter nichtstaatlicher Strukturen nochmals das Modell der Krim-Brücke im Hinblick auf potentielle Bedrohungen untersuchen", fügte er hinzu.

"Der Schutz der Krim-Brücke kann nicht nur eine Angelegenheit von Sicherheitsbehörden und Geheimdiensten sein. Wir haben unabhängige analytische Zentren und Experten. Wenn nötig, kann man ihnen entsprechende Dokumente zugänglich machen. Doch die Arbeit muss umfassend und detailliert sein, ich bin gegen das so genannte Stopfen von Löchern", erklärte der Experte.

"Es ist notwendig, jegliche, selbst ganz unwahrscheinliche, doch technisch ausführbare, Terroranschläge vorzusehen. Nachdem eine möglichst vollständige Liste erstellt wurde, muss man jeden Punkt betrachten und überlegen, inwieweit unser Sicherheitssystem zur Abwehr eines Angriffs bereit ist", bemerkte er.

"Denn beim Gegner beobachten wir eine kreative und recht gut organisierte Aufgabenstellung und Ausführung. Der Leiter des ukrainischen Militärgeheimdienstes Kirill Budanow ist ziemlich jung, er ist 37 Jahre alt. Und wie die Praxis zeigt, bespricht er mit Selenskij selbst die unwahrscheinlichsten Ideen. Und danach führen sie sie aus. Genau davon müssen wir ausgehen", sagte Korotschenko.

"Jetzt müssen die Verantwortlichen neue Abwehrmethoden gegen Kampftaucher und Seedrohnen ausarbeiten. Die Maßnahmen entsprechen denjenigen bei der Drohnenbekämpfung: Aufspüren mit allen verfügbaren Methoden (optisch-elektronische Geräte und Radare), radioelektronische und physische Gegenwirkung. Es ist eine kostspielige Aufgabe, doch sie muss gelöst werden", fügte der Leiter des Zentrums für Entwicklung von Transporttechnologien Alexei Rogosin in seinem Telegramkanal hinzu.

Hier und jetzt

"Natürlich muss man in Zukunft gute Arbeit leisten, um solche Vorfälle zu verhindern. Es ist wichtig, vorhandene Systeme der elektronischen Kampfführung zu verbessern sowie bestehende Mängel bei der Drohnenabwehr aufmerksam zu untersuchen. Darüber hinaus wäre es hilfreich, sich an Methoden zu erinnern, die von uns während des Großen Vaterländischen Krieges aktiv angewandt wurden", bemerkte der Militärexperte Juri Knutow.

"Damals nutzte die UdSSR Schwimmsperren mit Netzen, die gegnerische Technik und Torpedos fernhielten. Am Morgen wurde das System für die Durchfahrt von zivilen Schiffen geöffnet und am Abend geschlossen. Das ist eine sehr effektive Praxis, die einen bedeutenden Beitrag zum Sieg unseres Landes leistete", betonte er.

Eine ähnliche Meinung vertrat auch Kapitän zur See a. D. Sergei Ischtschenko. "Die Erfahrung der Bucht von Sewastopol, die durch mehrere Reihen von Schwimmsperren geschützt ist, zeigt die Effektivität dieser Methode. Doch neben den Sperren müssen auch Patrouillenboote des Typs Gratschonok Wache halten", vermutete der Experte.

"Ebenso müssen wir eine Durchfahrt aufrechterhalten, um die Schifffahrt nicht einzustellen. Diese Durchfahrt müssen die Boote besonders sorgfältig bewachen. Darüber hinaus sind uns Methoden zur Bekämpfung von Drohnen bekannt. Einige davon können sich auch bei der Abwehr von unbemannten Booten bewähren", fügte der Spezialist hinzu.

Übersetzt aus dem Russischen und zuerst erschienen bei Wsgljad.

* * *

Kiew in Panik: Der Westen ist einen Schritt davon entfernt, die Ukraine fallen zu lassen

<https://freeassange.rtde.life/international/175650-kiew-in-panik-westen-kurz-davor-ukraine-fallenzulassen/>

19.07.2023

Wie geht es im Ukraine-Krieg weiter? Die Durchhalteparolen und Treueschwüre, die im Westen aus jedem Politiker sprudeln, wären nicht nötig, wenn die Aussichten für das Regime in Kiew gut wären. Tatsächlich sollen sie eine große Unsicherheit im Westen verdecken.

Von Kirill Strelnikow, RIA Nowosti

Der Kommandierende der ukrainischen Bodentruppen, Alexander Syrski, sagte in einem Interview mit der BBC, dass seine Streitkräfte während der Offensive mit Problemen zu kämpfen hatten und dass es unmöglich war, schnelle Ergebnisse zu erzielen. Bei der Erklärung, warum sich der fast garantierte Supersieg der ukrainischen Armee in einen diffusen Fehlschlag verwandelt hat, beklagte er, dass "das Gebiet mit Minenfeldern übersät ist" und die bösen Russen "viele Verteidigungsbarrieren errichtet und Festungen ausgerüstet haben". Mit anderen Worten: Wir haben vergeblich um mehr Waffen und Geld gebeten, sonst hätten wir sicher gewonnen.

Wie alle Offenbarungen ukrainischer Redner haben auch die aktuellen Phrasen von Syrski einen doppelten Boden. Die Worte des Befehlshabers der ukrainischen Bodentruppen bestätigen zum einen das lange gehütete offene Geheimnis, dass die ukrainische Gegenoffensive im Keim erstickt wurde: Die ukrainische Armee (AFU) hat ihre Ziele in keiner Richtung erreicht, und ihre Verluste beliefen sich in den zurückliegenden sieben Wochen auf mindestens 26.000 Menschen. In nur einem Monat verlor die AFU 18 Flugzeuge und Hubschrauber sowie 920 Einheiten gepanzerter Fahrzeuge, darunter 16 Leopard-Panzer.

Aber das Fiasko der Sommerkampagne der ukrainischen Streitkräfte ist auch ohne Syrski für jedermann ersichtlich. Warum also die theatralischen Klagen?

Diese Klagen sollen den Führern der Kiewer Junta vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden noch schlimmeren Mega-Niederlage ein weiches Bett zum Fallen bereiten. Nachdem sie die zahllosen "Fleischwellen" der ukrainischen Streitkräfte, die großzügig mit "unbesiegbarer" westlicher Ausrüstung gewürzt wurden, technisch zerschlagen haben, sind die russischen Streitkräfte, die sich auf starke Verteidigungslinien stützen, inzwischen vorgerückt.

Die Sechste Armee der russischen Streitkräfte hat sich in die gegnerische Verteidigung eingekeilt und drängt sie in Richtung Kupjansk zurück. Der Hysterie in Selenskijs Büro nach zu urteilen, sind sie auf einem guten Weg: Die Eilmeldungen von der Front an das Zentrum (sprich: an die Amerikaner) deuten auf die Anhäufung einer großen Menge an russischem Militärgerät und Personal in diesem Gebiet – mehr als 900 Panzer, mehr als 550 Artilleriesysteme und 370 MLRS.

Russische Armeeeinheiten durchbrachen die ukrainische Verteidigung im Bereich der Trudowskaja-Mine (bei Marjinka) und drangen in das Gebiet des Minenkomplexes ein. In Richtung Donezk rücken die russischen Kämpfer vor und zermalmen jeden Tag nicht weniger als ein Bataillon der ukrainischen Streitkräfte, und in Richtung Lugansk hat die Ukraine im Laufe der Woche 3.000 Soldaten verloren. Mit anderen Worten: Die ukrainischen Offensivkämpfer erkannten, dass sie sich

bald zurückziehen würden, und es war notwendig, sich im Voraus eine Bescheinigung über die Befreiung vom Sportunterricht auszustellen.

Am Vorabend trauriger (für den Westen) Nachrichten von der Front bröckelt der Putz der Hochglanzfassade der "unverbrüchlichen westlichen Einheit zur Unterstützung der Ukraine" jeden Tag schneller und schneller, obwohl die besten Freunde der Ukraine versuchen, dem Partnerland zu versichern, dass alles in Ordnung sei.

Die finnische Außenministerin Elina Valtonen sagte neulich mit steinerner Miene:

"Ich würde nicht sagen, dass es eine Ermüdung in der Ukraine gibt, und ich hoffe, dass es nie eine geben wird."

Die Vorsitzende des Ausschusses für EU-Angelegenheiten des estnischen Parlaments, Liisa Pakosta, schüttelte drohend die Faust:

"Die einsetzende Kriegsmüdigkeit ist inakzeptabel."

Am Vortag hatte der ehemalige britische Premierminister Boris Johnson die USA bildhaft aufgefordert, eine "Ukraine-Müdigkeit" zu verhindern. Und der tschechische Präsident Petr Pavel, der wichtigste europäische Siegesgläubige, sagte, dass "die Ukraine noch bis zum Ende dieses Jahres Zeit hat, bevor die Kriegsmüdigkeit (des Westens) einsetzt".

Wie Stanislawski glauben wir natürlich diese wunderbaren Reden, aber es stellt sich eine kleine Frage: Warum die Hysterie und die gleichgeschaltete Verstopfung des Äthers, wenn die Unterstützung für die Ukraine einhellig ist, der Kampfeswille auf dem Höhepunkt ist, die Prognosen hervorragend sind, der Sieg nach Plan verläuft, die russische Armee schwächer denn je ist und im Westen keine annähernde Kriegs- und Ukraine-Müdigkeit herrscht?

Tatsache ist, dass sich die wichtigsten Puppenspieler die Berichte über die Verluste der ukrainischen Streitkräfte angesehen, die Frontberichte gelesen, Soll und Haben verglichen haben und zu dem Schluss gekommen sind, dass es notwendig ist, den Laden für eine Betriebsprüfung zu schließen und die Verluste zu verbuchen. Dem Wall Street Journal zufolge haben die USA erkannt, dass "Kiew es nicht schafft, groß angelegte Operationen durchzuführen, die einen Durchbruch bei der Gegenoffensive der ukrainischen Streitkräfte bringen könnten", was bedeutet, dass es an der Zeit ist, Plan B zu aktivieren, nämlich Friedensgespräche, die Kiew fürchtet wie der Teufel das Weihwasser.

In einem kürzlich erschienenen Politico-Artikel gaben ungenannte Quellen in der ukrainischen Verwaltung zu:

"Da die Gegenoffensive ins Stocken geraten ist, befürchten die Ukrainer, dass der Westen die Geduld verlieren und schließlich zu dem Schluss kommen wird, dass ein Sieg zu Kiews vollen Bedingungen unmöglich ist."

Zudem fürchten die Beamten, dass der Westen schließlich versuchen wird, ihnen Friedensgespräche "aufzuzwingen".

Was die Friedensgespräche angeht, kann das Kiewer Regime jedoch beruhigt schlafen – aber nicht, weil das Weiße Haus sie nicht will (das tut es bereits), sondern weil Russland sie nicht will.

Die Ziele der militärischen Sonderoperation werden auf jeden Fall erreicht werden, und es gibt

keine Klausel über "Friedensgespräche" – nicht einmal im Kleingedruckten.

Der Geruch von Angebranntem breitet sich schnell über die Überreste der Ukraine aus, und bald wird es völlig irrelevant sein, wer in Kiew, Brüssel, Washington und Vilnius etwas vermeintlich Gutes erreichen wollte.

Übersetzung aus dem Russischen. Der Artikel ist am 19.07.2023 auf ria.ru erschienen.

* * *

Putin reist nicht nach Afrika – Afrika kommt nach Russland

<https://freeassange.rtde.life/international/175757-putin-reist-nicht-nach-afrika-afrika-kommt-nach-russland/>

20.07.2023

Russlands Staatschef Wladimir Putin wird nicht zum BRICS-Gipfel in Südafrika reisen, um den Gastgebern diplomatische Schwierigkeiten zu ersparen. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass viele Staats- und Regierungschefs aus Afrika Ende Juli zum Russland-Afrika-Gipfel in Sankt Petersburg anreisen werden.

Von Pjotr Akopow

Zwei Nachrichten dieser Tage zeigen deutlich, wie schwierig es ist, die neue Weltordnung zu gestalten, und beide stehen im Zusammenhang mit internationalen Gipfeltreffen. Der russische Präsident Wladimir Putin wird nächsten Monat nicht persönlich am BRICS-Gipfel in Südafrika teilnehmen, sondern per Videokonferenz. Und auf dem EU-Lateinamerika-Gipfel ist es den Europäern nicht gelungen, die Worte zur Verurteilung der "russischen Aggression gegen die Ukraine" in die gemeinsame Resolution des Gipfels einzuführen.

Bewertet man diese Nachrichten im Format eines Duells zwischen Russland und dem Westen, so scheint das Ergebnis 1:1 zu sein. Der Westen hat den russischen Präsidenten mithilfe des Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gegen ihn an einem Besuch in Südafrika gehindert. Und die lateinamerikanischen Freunde Russlands haben Versuche der EU blockiert, Moskau kollektiv unter Druck zu setzen. Eine solche Betrachtungsweise wäre jedoch eine Vereinfachung einer viel komplexeren Realität.

Russland hat nicht nur den Westen herausgefordert, sondern das gesamte von ihm geschaffene System der Globalisierung. Der IStGH (an dessen Schaffung nicht alle Länder, auch nicht die führenden, beteiligt waren) und das Format der Gipfeltreffen großer regionaler Zusammenschlüsse, wie im Falle der Europäischen Union und der Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten (CELAC), sind Teil dieser Globalisierung. Das Treffen zwischen Lateinamerikanern und Europäern war das erste seit acht Jahren – und es war für die EU-Länder sehr wichtig, zu zeigen, dass die Lateinamerikaner ihre Position zum Ukraine-Konflikt unterstützen.

Lateinamerika ist auf westliche Investitionen angewiesen, sodass es Brüssel möglich erschien, unverbindliche Worte zur Verurteilung Russlands in eine gemeinsame Resolution aufzunehmen. Dies hätte zwar nichts an der neutralen Position Lateinamerikas geändert – die meisten Länder der Region unterhalten sowohl wirtschaftliche als auch politische Beziehungen zu Russland –, aber es hätte dem Westen die Möglichkeit gegeben, von einer internationalen Verurteilung unseres Landes zu sprechen. Einige lateinamerikanische Länder – Kuba, Venezuela und insbesondere Nicaragua – waren jedoch strikt dagegen. So blieb in der Resolution nur die Formulierung "zutiefst besorgt über die andauernden Militäraktionen gegen die Ukraine", während die Position der Mehrheit der

Lateinamerikaner vom derzeitigen Vorsitzenden der CELAC Ralph Gonsalves zum Ausdruck gebracht wurde:

"Was in der Ukraine geschieht, kann man im Allgemeinen verstehen, wenn man sich daran erinnert, dass einige große Länder immer kleinere Länder angreifen, wie es in Lateinamerika geschehen ist."

"Und deshalb glauben wir, dass die gleichen Prinzipien für alle gelten sollten."

Ja, das ist eine direkte Anspielung auf die USA mit ihrer Monroe-Doktrin und Dutzenden von Interventionen südlich ihrer Grenzen. Da Europa zunehmend der US-amerikanischen Politik unterworfen ist, darf es sich nicht wundern, wenn es in erster Linie als Teil des Westens und nicht als unabhängige Kraft mit dem Recht auf Moralhoheit wahrgenommen wird.

Auf demselben Gipfel forderten die EU-Staaten am Rande des Gipfels die Lateinamerikaner auf, sich nicht übereilt den BRICS anzuschließen. Dabei ging es vor allem um Argentinien und Venezuela. Das Motiv ist klar: Es ist nicht ratsam, den prorussischen Block in einer Zeit der Konfrontation zwischen Russland und dem Westen zu stärken. Aber sowohl Buenos Aires als auch Caracas treffen ihre eigenen Entscheidungen über ihre Zukunft, und ihr Wunsch, den BRICS beizutreten, kann nicht von äußeren Kräften beeinflusst werden. Die Warteschlange für den Beitritt zu dieser Vereinigung umfasst bereits mehrere Dutzend Länder, und die ersten Entscheidungen über eine Erweiterung könnten bereits auf dem BRICS-Gipfel in Johannesburg im August getroffen werden.

Wie am Mittwoch bekannt wurde, wird Wladimir Putin an dem Gipfel nur in einem Online-Format teilnehmen, und die russische Delegation wird von Sergei Lawrow geleitet. Der Präsident wird wegen des vom IStGH im März ausgestellten Haftbefehls nicht nach Südafrika fliegen, um die Behörden der Republik nicht in Verlegenheit zu bringen, die nicht in der Lage sind, einen Ausweg aus dieser Situation zu finden. Südafrika erkennt den IStGH an, wollte den russischen Präsidenten aber natürlich nicht verhaften.

Die südafrikanischen Behörden waren jedoch nicht in der Lage, die erforderliche rechtliche Formulierung zu finden, um die Sicherheit von Putins Aufenthalt in Südafrika zu gewährleisten – mehrere Faktoren trugen auf einmal dazu bei. Zum Beispiel die Außenpolitik: Abgesehen von der Bedeutung der Beziehungen des Landes zu den BRICS-Staaten spielen die Beziehungen zum Westen eine wichtige Rolle, die im Falle der Ankunft des russischen Präsidenten alle möglichen Konsequenzen nach sich ziehen könnten. Die Südafrikaner haben es nicht gewagt, die Anerkennung des IStGH auszusetzen – und dabei spielte auch der innenpolitische Faktor eine Rolle. Die südafrikanischen Eliten (selbst innerhalb der Regierungspartei African National Congress) sind heterogen und untereinander zerstritten. Der derzeitige Präsident Cyril Ramaphosa hat nicht alle Hebel in der Hand, um die Situation unter Kontrolle zu bringen. Außerdem wird der ehemalige Präsident des Landes Jacob Zuma, der eigentlich inhaftiert werden sollte, gerade im Ausland medizinisch behandelt – und das nicht irgendwo, sondern in Russland.

In der Zwischenzeit wird erwartet, dass Präsident Ramaphosa nächste Woche Russland besucht, obwohl er bereits vor Kurzem in unserem Land war. Doch während die letzte Reise im Rahmen der Friedensmission der Afrikanischen Union stattfand, wird der südafrikanische Staatschef nun zum zweiten Russland-Afrika-Gipfel kommen. Mit anderen Worten: Die Beziehungen zwischen unseren Ländern werden nicht darunter leiden, dass Putin diesmal nicht nach Johannesburg fliegt, aber der BRICS-Gipfel wird dennoch ein weiterer Schritt auf dem Weg des Aufbaus einer neuen, postwestlichen Welt sein. Dies wird ein schwieriger Weg sein. In Angelegenheiten dieser Größenordnung geht es nicht anders. Die westlich geprägte Welt nimmt seit einem halben

Jahrtausend Gestalt an – ihre Demontage wird aber viel schneller vonstattengehen.

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen am 20. Juli 2023 bei RIA Nowosti.

Pjotr Akopow ist Kolumnist und Analytiker bei RIA Nowosti.

* * *

Westliche Vorräte an Luftabwehrsystemen für Ukraine erschöpft

<https://freessange.rtde.life/international/175800-westliche-vorraete-an-luftabwehrsystemen-fuer/>

21.07.2023

Laut Wladimir Selenskij kann die ukrainische Luftverteidigung die russischen Raketen nicht abwehren und benötigt vom Westen neue Systeme. Allerdings können die NATO-Staaten Kiew kaum noch Luftabwehrkomplexe anbieten, und selbst deren Lieferung würde die Mängel der ukrainischen Luftverteidigung nicht beheben.

Von Jewgeni Posdnjakow

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat am 19. Juli behauptet, dass Odessa neue Luftabwehrsysteme benötige. Er bemerkte, dass die Ukraine zwar über Komplexe der Typen SAMP-T und Patriot verfüge, allerdings ihre Anzahl in der jetzigen Lage nicht ausreiche, um alle notwendigen Infrastrukturobjekte umfassend zu schützen.

Selenskij betonte, wenn das ukrainische Militär mehr von diesen Systemen hätte, könnte es die russischen Angriffe leichter abwehren und damit die Hafeninfrastruktur vor Zerstörungen bewahren. Dabei hatte das ukrainische Militärkommando zuvor eingeräumt, dass die Infrastruktur in einem der Häfen des Gebiets Odessa durch russische Angriffe beschädigt worden sei. Raketen der Typen Onyx und X-22 hätten in der Nacht auf den 19. Juli das Getreide- und Ölterminal beschädigt. Darüber hinaus seien in den Lagersilos und Verladeeinrichtungen ein Feuer ausgebrochen.

Gleichzeitig wurden ein Industrieobjekt und zwei Lager im Kreis Odessa durch Raketen zerstört. Der Bürgermeister der Stadt, Gennadi Truchanow, bezeichnete die russischen Vergeltungsschläge als den größten Angriff seit dem Beginn der Militäroperation. Er nannte die Nacht "schrecklich" und bemerkte, dass die russischen Streitkräfte bei ihrem Angriff auf die Gebietshauptstadt Raketen und Drohnen eingesetzt hätten.

Parallel dazu wurden im Umland von Nikolajew und Odessa Treibstofflager mit einem Gesamtvolumen von etwa 70.000 Tonnen vernichtet, von denen aus die Treibstoffversorgung der ukrainischen Militärtechnik organisiert worden war. Dabei gelang es dem ukrainischen Militär, lediglich 14 von 31 der russischen Raketen abzufangen, wie der Journalist der Zeitung *The Wall Street Journal*, Jaroslaw Trofimow, auf Twitter schrieb.

Die Probleme der ukrainischen Luftabwehr sind seit Längerem bekannt. So schrieb die Zeitung *Wsgljad* noch im April, dass fast 90 Prozent der Luftverteidigung der Ukraine von Systemen der Typen S-300 und Buk gewährleistet werde. Nach Schätzungen der USA vom Februar sollten die Geschosse für Buk-Anlagen Ende März, und für die S-300 Anfang Mai aufgebraucht sein. Im Durchschnitt verbraucht die Ukraine 69 Buk-Raketen und etwa 200 S-300-Raketen pro Monat. Lieferungen westlicher Luftabwehrsysteme ermöglichten es zwar, den Munitionsverbrauch etwas zu reduzieren, aber nur in ungenügendem Maße.

Experten sind der Ansicht, dass die Probleme der ukrainischen Luftabwehr selbst durch eine Steigerung von Lieferungen neuer Komplexe nicht zu lösen seien. Darüber hinaus handelt es sich bei den westlichen Systemen in ukrainischen Diensten vornehmlich um ältere Modelle, die keine Marschflugkörper abfangen können. Ferner bemerken die Experten, dass die USA vor dem Hintergrund des Mangels an Patriot- und SAMP-T-Systemen diese Komplexe nicht in ausreichenden Mengen an die Ukraine übergeben werden.

"Die Ukraine überschätzt die Rolle einzelner Luftabwehranlagen. Der Aufbau eines Systems der Luftverteidigung ist ein komplexer Prozess, bei dem nicht die Menge der Technik ausschlaggebend ist, sondern ihre Qualität und Steuerung. Gegenwärtig sind die meisten Systeme, über die das ukrainische Militär verfügt, veraltet und nicht in der Lage, Marschflugkörper abzufangen", sagte der russische Militärexperte Juri Knutow.

"Systeme vom Typ SAMP-T und Patriot, von denen Selenskiy spricht, sind zweifellos leistungsstark. Dennoch bleibt ihre Herstellung äußerst kostspielig. Das erlaubt den westlichen Staaten nicht, sie in uneingeschränkten Mengen zu produzieren. USA und die EU-Staaten schätzen jedes dieser Systeme und werden nicht damit um sich werfen", fügte er hinzu.

"Doch selbst wenn solche leistungsstarken Systeme geliefert werden, denke ich nicht, dass das viel an der Lage ändern wird. Erstens ist kein westliches System auf die Bekämpfung der russischen Kinschal-Raketen ausgelegt. Zweitens perfektionieren unsere Militärangehörigen zunehmend die Angriffsmethoden gegen gegnerische Objekte", betonte der Experte.

"Während des gesamten Verlaufs der Militäroperation vollführte die Armee Russlands Wunder in Sachen Anpassung an die wechselnden Kampfbedingungen. Wir umgehen geschickt die ukrainischen Luftabwehrkomplexe und beseitigen die anvisierten Ziele eins nach dem anderen. Die reiche Erfahrung der Soldaten kann durch keinen hochtechnologischen Komplex wettgemacht werden", sagte er.

"Die ukrainische Militärführung versteht nicht den Kern des Problems: Wirklich zuverlässig und stark wird die Luftverteidigung nicht durch die Anzahl der Anlagen, sondern durch ihre Komplexität und Integrität. Gegenwärtig verfügt die Ukraine über kein Verteidigungssystem, das das ganze Land umfassen könnte", erklärte seinerseits Generalleutnant Aitetsch Bischew, ehemaliger Stellvertreter des Kommandanten der Luftstreitkräfte für Angelegenheiten des Vereinten Systems zur Luftverteidigung der GUS-Mitgliedsstaaten.

"Faktisch verfügt der Gegner nur über zersplitterte Gruppierungen, die aus einigen Luftabwehrkomplexen bestehen. Einen ernsthaften Angriff abzuwehren, der mit hochtechnologischen Raketen ausgeführt wird, ist für sie von vornherein unmöglich. Das ukrainische Militär sollte die zersplitterten Verbände zu einem einzigen gesamtstaatlichen System zusammenfassen", betonte er.

"Aber dies ist unter Kampfbedingungen praktisch unmöglich. Die Lieferung von neuen Luftabwehrkomplexen wird die Lage nicht besser machen. Zweifellos kann die Unterbringung neuer Systeme an einzelnen Frontabschnitten helfen, eine konkrete Region etwas zu befestigen, doch das Gesamtniveau an Schutz für das ukrainisch kontrollierte Gebiet wird nicht steigen", bemerkte der Experte weiter.

"Darüber hinaus werden an die Ukraine sicher nicht die modernsten Geräte und in kleinen Mengen geliefert. Die SAMP-T und Patriot sind teuer und schwer zu produzieren. Darüber hinaus sind die Militärs der USA und der EU auf der ganzen Welt stationiert, ihr Bedarf an Luftabwehr ist kolossal. Niemand wird diese Komplexe von ihren Stationierungsorten entfernen, und auf Lager sind kaum

noch von der Ukraine benötigte Modelle übrig", schloss Bischew seine Ausführungen.

Übersetzt aus dem Russischen und zuerst erschienen bei Wsgljad.

* * *

Meinung

Alle gegen Gauland: "Maybritt Illner" zum Thema Ukraine

<https://freeassange.rtde.life/meinung/175227-alle-gegen-gauland-maybritt-illner/>

14.07.2023

Vier Stühle – eine Meinung. Wieder einmal macht das deutsche Fernsehen aus einem Witz Realität. Bei Maybritt Illner setzte sich Alexander Gauland für eine diplomatische Konfliktlösung und eine an deutschen Interessen orientierte Außenpolitik ein – und sorgte damit für viel Kopfschütteln.

Von Richard Mahnke

Das ZDF hat am Donnerstagabend wieder einmal tiefe Einblicke in die Geistes- und Gedankenwelt der bundesrepublikanischen Eliten geliefert. Aus diesem Grund, und nur aus diesem, war die Gesprächsrunde von Maybritt Illner zum Thema "Sicherheit für die Ukraine – NATO stärken, Russland provozieren?" sehenswert.

Es diskutierten neben der Moderatorin der FDP-Politiker und designierte deutsche Botschafter in Moskau Alexander Graf Lambsdorff, der CDU-Abgeordnete Roderich Kiesewetter, der AfD-Ehrenvorsitzende Alexander Gauland und die Spiegel-Journalistin Melanie Amann.

Der Verlauf der Sendung war so erwartbar wie aus anderen Formaten bekannt. Ein Titel wie "Vier gegen Willi" wäre treffender gewesen, würde man damit nicht dem die ganze Zeit erstaunlich gelassen bleibenden Gauland zu nahe treten, an dem sich die anderen Gäste und die Moderatorin die längste Zeit der Sendung geschlossen abarbeiteten.

Um das zu erkennen, genügt es, sich die Sendung ohne Ton anzusehen. Sagt einer der vier etwas, blicken die anderen verständnisvoll oder nicken synchron wie ein paar Wackeldackel. Redet Gauland, gehen die Blicke der anderen nach unten, es werden Köpfe geschüttelt, Münder verkniffen, Stirnen in Falten gelegt. Besonders *Spiegel*-Frau Amann zog dabei ihr Gesicht immer wieder in kaum für möglich gehaltene Längen.

Das Inhaltliche ist schnell erklärt: Gauland gab den Realisten, plädierte für das Verfolgen deutscher Interessen, das Setzen auf eine diplomatische Lösung, die die Interessen aller berücksichtigt. Der greise AfD-Mann wollte auch nicht einsehen, warum Deutschland kein Gas aus Russland beziehen sollte.

Die Viererbande dagegen vertrat ganz im Sinne des Zeitgeistes ein simplistisch-idealistisches Weltbild. Russland der böse Aggressor, die Ukraine das Opfer, die NATO ganz unironisch als Hüter des internationalen Rechts. Überhaupt betonten die vier einheitlich die Bedeutung des Völkerrechts. Müßig zu betonen, dass diese Liebe zum Völkerrecht eine sehr selektive ist.

Matte Meinungsverschiedenheiten unter den vier gab es nur in den Fragen, ob die NATO nun Kiew weit genug entgegenkommen sei, ob man Kiew schon genug "helfe" oder es noch ein paar Marschflugkörper mehr sein dürfen, und ob das ganze aus Kiewer und NATO-Sicht denn nun Erfolg haben könne.

So einfach, so erwartbar. Interessant, wenn sich die vier Diskutanten in ihrem missionarischen Eifer

vergaloppieren. Etwa, wenn sich das frühere SED-Mitglied Illner mit dem westlichen Militärbündnis identifiziert, indem sie von der NATO als "Wir" spricht – und so immerhin eine Art festen Klassenstandpunkt durchblicken lässt.

Bemerkenswert auch Illners Einordnung der Nord-Stream-Pipelines:

"Bei Nord Stream waren wir nicht ganz allein, aber wir waren am Ende schrecklich allein, und wir haben schrecklich falschgelegen."

Noch viel irrer ist Illners Erwiderung auf Gaulands Argument, dass deutsche Panzer aus historischen Gründen nicht auf Russen schießen sollten. Während sich Kiesewetter mit dem albernen, aber schon bekannten Einwurf begnügt, dass dies ukrainische Panzer seien, versucht die Moderatorin eine historische Argumentation:

"Sie wissen, dass die Ukraine viel mehr unter der deutschen Wehrmacht gelitten haben als das Sowjetvolk."

Natürlich spricht sie niemand auf diesen Unsinn an. Illner versucht dann die Kurve zu bekommen, indem sie Gauland auf den berühmten "Fliegenschiss" anspricht. Der frühere Bundeswehroberst Kiesewetter, der unter den vier NATO-Jüngern als besonders eskalationsfreudig hervorsteht, greift diese Argumentation sogar noch einmal auf, indem er mit den deutschen Verbrechen in der Ukraine und in Weißrussland das westliche Engagement gegen Russland zu legitimieren versucht:

"Es ist unsere Aufgabe, auch als Lehre unserer Geschichte, die wir auf ukrainischem Boden acht Millionen Menschen umgebracht haben, die wir auf weißrussischem Boden, belarussischem Boden, über drei Millionen Menschen umgebracht haben, dass wir mithelfen, dass diese Länder ihre Souveränität behalten."

Russland müsse verlieren lernen, das betonte Kiesewetter mehrfach:

"Russland muss verlieren lernen. Da gibt es keinen Kompromiss, da kann es keinen Kompromiss zur Freiheit der Ukraine geben."

Gaulands Erwiderung:

"Dann kämpfen sie wirklich bis zum letzten Ukrainer und zum vorletzten Russen."

Doch anders als etwa Amann beurteilt Kiesewetter die militärische Lage Kiews optimistisch und hält durch die Lieferung von Marschflugkörpern sogar die Eroberung der Krim für möglich:

"Ich glaube, dass das gelingen wird. ... Wenn die russischen Versorgungslinien abgeschnitten werden, und die russischen Truppen aufgeben müssen, ist Putins Schicksal damit besiegelt. Und ich glaube, unsere Zurückhaltung ist deshalb so groß, weil man Angst hat, was kommt nach Putin?"

Kiesewetter vollbrachte auch das Kunststück, den georgischen Überfall auf Südossetien im August 2008 als russische Inszenierung zu bezeichnen und mit dem deutschen Überfall auf Polen 1939 zu vergleichen:

"Wir sind ja schon Lügen gestraft worden, weil man Russland nicht provozieren wollte, dass im Jahr 2008 bei der Eröffnung der Olympischen Spiele, Russland, nach einem fingierten Angriff aus Georgien, ähnlich wie 1939, Sender Gleiwitz, dann einmarschiert ist und eine

Dreiteilung von Georgien gemacht hat."

Alles in allem, nur eine Talkshow mehr. Finanziert natürlich über die Zwangsgebühr, die die deutschen Haushalte zu entrichten haben, nicht von der NATO. Man stellt sich als Zuschauer ständig die Frage, wie mit einem derartig manichäisch wirkenden Denken, wie es in den heutigen "Eliten" offenbar verbreitet ist, jemals wieder eine rationale und an Interessen orientierte Außenpolitik möglich sein soll. Die Antwort muss wohl lauten: Gar nicht.

In gewisser Weise trifft die Kritik der Sendung im Springerblatt *Bild* den Nagel auf den Kopf. Natürlich nicht inhaltlich, hier steht der Autor des nicht als Meinungsbeitrag gekennzeichneten Artikels auf der Seite der NATO-Jünger, etwa wenn er die Sendung als "Lügendetektor" gegen "AfD-Phrasendrusch" einordnet. Aber er verwendet auch Begriffe wie aus einem Comicheft, die das Geschehen und das Niveau im Studio doch gut beschreiben:

"Uff! Ächz! What? Horrido! Heidewitzka!"

* * *

Nützliche Idioten: Die Letzte Generation als hofierte und respektierte "Querdenker"

<https://freeassange.rtde.life/meinung/175237-nuetzliche-idioten-die-letzte-generation-als-hofierte-und-respektierte-querdenker/>

15.07.2023

Drei Jahre lang wurden Kritiker einer mehr als diskutablen Regierungspolitik medial als "Querdenker" beschimpft, diskreditiert und beleidigt. Allerdings wurden sie von ARD und ZDF komplett von Diskussionen ausgeschlossen. Ihre Wahrnehmungen waren nicht erwünscht. Klima-Aktivisten erhalten Sendezeit und erfahren vor allem Verständnis.

Von Bernhard Loyen

Es ist schon beeindruckend, mit welcher Kaltschnäuzigkeit die etablierten Medien im Land ihre rein subjektive Deutungshoheit bei weiterhin 100-prozentig eingeforderter Finanzierung durch die Bürger trotz einer nachweislich kontroversen Wahrnehmung der Zuschauer und Leser unbeeindruckt manipulativ fortsetzen.

Beeindruckend ist dabei milde formuliert, es geht um fortdauernde Arroganz gepaart mit stoischer Ignoranz. Ausgewogene Berichterstattung ist ein Wunschgedanke und historische Realität aus dem letzten Jahrhundert.

Die Jahre 2020 bis 2022 stellen einen archivierten Tiefpunkt der deutschen Medienlandschaft dar. Sogenannte Querdenker, auch als Schwurbler, Verschwörungstheoretiker bis hin zu Nazi-Sympathisanten titulierte, wurden gebrandmarkt und erfuhren ausgehend von einem skrupellosen Kanon medialer Manipulatoren eine gesellschaftlich mehrheitlich ablehnende Stimmungslage in der Gesellschaft. Hier wie dort, medial wie auch im Familien-, Freundes- und Kollegenumfeld, wurden Kritik, Mahnungen und konträre Meinungen im Keim erstickt.

Ganz anders erlebt aktuell der weiterhin alltagsgestresste Konsument das Wohlfühlprogramm hinsichtlich der medialen Betreuung und Unterstützung von Aktivisten der Klima-Apokalyptiker der Letzten Generation. Skandalöser Höhepunkt der jüngsten offensichtlichen Provokation eines öffentlich-rechtlichen Senders waren die sechs Minuten 37 Sekunden Werbezeit für eine Sprecherin der kriminellen Vereinigung im Rahmen der ARD-Tagesthemen vom 13. Juli. Ja, sie sind kriminell,

die hofierten Medien-Darlinge der Stunde.

Am 28. April titelte *T-Online*: "Körperverletzung und Hausfriedensbruch – Acht Anzeigen nach Aktion der 'Letzte Generation' bei Formel-E-Rennen". Verletzt wurden zwei Personen des Formel-E-Veranstaltungsteams. Davon unbeeindruckt, wurde am 9. Juli die nächste Veranstaltung dieser Art gestört. Dazu heißt es in einem Artikel:

"Die bisherigen Ermittlungen ergaben, dass drei der beteiligten Personen kurz vor Aktionsbeginn eine körperliche Auseinandersetzung mit einem Streckenposten hatten. Dieser hatte versucht, die Aktivisten am Übersteigen der Streckenbegrenzung zu hindern. Der Mann erlitt leichte Verletzungen und kam zur Behandlung in ein Krankenhaus. Gegen die drei Personen wird wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ermittelt."

Am 13. Juli verschafften sich Aktivisten durch Zerstörung von Sicherheitszäunen eindeutig gesetzeswidrig Zugang zu zwei Großflughäfen in Düsseldorf und Hamburg. Tausende Berufstätige und Urlauber wurden so über Stunden an ihren Flügen gehindert. Am Abend, zur besten Sendezeit, darf sich daraufhin eine Sprecherin der Letzten Generation wohlbehütet und begleitet durch Moderatorin Carmen Miosga durch auswendig gelernte Plattitüden quälen. Hakte es bei den eigenen Formulierungen, half Miosga als freundliche Souffleuse und Stichwortgeberin:

Fast sieben Minuten teure Sendezeit wurden also mit inhaltsleerem, aber mehr als provokativem Nullwert gefüllt. So schwindelte Lina Johnsen vollkommen ungeniert, ohne das tiefe Rot der *ARD*-Wetterkarte für sommerliche Temperaturen anzunehmen:

"Es tut mir unglaublich doll leid. Ich gönne allen Menschen, allen Familien einen wohlverdienten Urlaub. Wir wollen den Protest alle nicht machen. Gleichzeitig müssen wir uns angucken, auf was für ein Katastrophe wir zusteuern. Und die Regierung nimmt das nicht ernst."

Pinocchio-Lina wedelte und fuchtelte dabei mit ihren beiden Händchen, so wie ihre politischen Apokalyptiker-Kolleginnen Ricarda Lang und Luisa Neubauer, wenn diese beiden aufgeregt eine Bühne für verinnerlichte Texte erhalten. Also sozusagen eine Art modernes "A-Team", wie die Helden der 80er-Fernsehserie gleichen Namens, die "Menschen halfen, die in Not geraten sind und vom Gesetz im Stich gelassen wurden".

Der Auftritt erinnert natürlich fatal an die rund neun berechenbaren und bewusst arrangierten Wohlfühl-Minuten des Bill Gates in den Tagesthemen im April 2020. Sie erinnern an den mutwilligen Ausschluss kritischer Stimmen in der Corona-Krise. So geschehen bei *ARD* und *ZDF*. Nicht ein Gesicht, eine Persönlichkeit aus der sehr wohl breiten oppositionellen Bewegung der Maßnahmenkritiker wurde vorsätzlich von den Redakteuren der berühmt-berüchtigten Talksendungen angefragt oder eingeladen. Ihre Positionen sind damit einem Millionenpublikum nicht zu Gehör gebracht worden. Ganz anders bei den nützlichen Idioten der Letzten Generation.

Welche Funktion erfüllen sie im medialen Manipulations-Politzirkus? In ihrem Falle ablenken, schlicht ablenken. In Form von willkürlichen, längst ausdiskutierten Szenario-Blendgranaten. Die Bürger sollen das kriminelle Gebaren der Bundesregierung für wenige Momente – hoffentlich – verdrängen. Der Realität, einer vorsätzlich mutwilligen Zerstörung, eines ehemals gesunden Landes. Nach der geschaffenen Krise ist also vor der nächsten künstlichen Krise. Der angstbedingte erhöhte Ruhepuls, die innere Unruhe und Verunsicherung, muss bei den Bürgern konstant gehalten werden.

Deutschland im Sommer 2022: Der Bundeskanzler verlässt zu Fuß mit Entourage und

Personenschutz das Kanzleramt in Berlin. Eine Sprecherin der Aktivistinnen der Querdenker-Bewegung fängt mit filmenden Sympathisanten die Gruppe ab und redet auf den Kanzler ein. Olaf Scholz hört ruhig zu, gibt kurze Antworten, der Personenschutz duldet die Aktion. Wie bitte? Eine fiktive Geschichte.

Deutschland im Sommer 2023: Der Bundeskanzler verlässt zu Fuß mit Entourage und Personenschutz das Kanzleramt. Eine Sprecherin der Aktivistinnen der Letzten Generation, die verurteilte und vorbestrafte Carla Hinrichs – bekannt aus ihren Auftritten bei *Maischberger* und *Anne Will*, beim *rbb* und *Welt-TV* – fängt mit filmenden Sympathisanten die Gruppe ab und redet auf den Kanzler ein. Es passiert – nichts. Scholz hört ruhig zu, gibt kurze Antworten, der Personenschutz duldet die Aktion für eine gewisse Wegstrecke bis zum Paul Löbe-Haus im Regierungsviertel. Ge- und erduldet, berechenbare – "Respekt für Dich" – und arrangierte Zustände der medial-politischen Gegenwart. Gab es vorher verabredeten SMS-Kontakt? Am 8. Juli hieß es bei der dem Springer-Verlag zugehörigen Welt:

"Die feiern uns' – Was die 'Letzte Generation' mit Politikern und Journalisten bespricht. Interne Protokolle der Klima-Aktivistinnen belegen einen intensiven Austausch mit Abgeordneten und Ministern aus Bund und Ländern. Sogar Polizisten sollen sich der Bewegung angeschlossen haben."

Der Zuschauer des Videos realisiert: Nicht nur der Zustand der Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik ist in Deutschland in einem desaströsen Zustand, sondern auch der Schutz des Bundeskanzlers, sollte keinerlei Vorabkontakt existiert haben. Bereits am 24. Mai hatte ein Unbekannter auf dem Flugfeld des Frankfurter Flughafens sich ungestört Scholz genährt "und den eigentlich streng bewachten Regierungschef sogar umarmt". Nun hieß es am 8. Juli: "Sicherheitspanne konnte 'bislang nicht vollends aufgeklärt werden'".

Die allgemeine gesellschaftliche Stimmung im Land ist trotz eines bis dato sehr schönen Sommers nur mäßig. Immer mehr Menschen verzweifeln an einem ungesunden, manipulativen und störenden Konglomerat von Politik, Medien und Agendatruppen erwünschter Gesellschaftsveränderungen. Es ist daher nur noch eine Frage der Zeit, wann ein zu befürchtender Kipppunkt, zu beobachten am Beispiel Frankreich und Alltagsszenen aus den USA, auch in Deutschland in ähnlichen Dimensionen erreicht wird. *ARD* und *ZDF* müssen dabei nachdrücklich als zündelnde Akteure an erster Stelle der vordersten und anscheinend beabsichtigten Eskalationsfront genannt werden.

* * *

Sommer so und so: Kiews Abgeordnete genießen das Mittelmeer, das Volk stirbt in Schützengräben

<https://freeassange.rtde.life/meinung/175146-ukrainische-abgeordnete-geniessen-sommer-im-ausland/>

16.07.2023

Krieg in der Ukraine, Tausende sterben an der Front? Kein Grund, auf den Urlaub an einer Mittelmeerküste oder auf tropischen Inseln zu verzichten! Das zumindest sagen sich ukrainische Abgeordnete, die sich selbst "Diener des Volkes" nennen. Weil die Ausreise gesetzlich verboten ist, finden sich kreative Wege, dieses Verbot zu umgehen.

Von Tatjana Montjan

Es gibt einen neuen Skandal im ukrainischen Speckreich. Journalisten haben aufgedeckt, wie männliche Rada-Abgeordnete, denen das geltende Gesetz wie jedem anderen Ukrainer männlichen

Geschlechts auch Reisen ins Ausland untersagt, dieses Verbot umgehen und sich in ausländischen Kurorten sonnen.

Natürlich würde auch so niemand die "Diener des Volkes" in die Schützengräben schicken. Aber müssten sie nicht eigentlich rund um die Uhr im Einsatz sein, sich um das Schicksal des Landes kümmern und den armen Menschen, die an der Front für die Interessen des amerikanischen militärisch-industriellen Komplexes, der "Demokratie" und der "Freiheit" von "Mütterchen Ukraine" sterben, einen zuverlässigen Rückhalt bieten?

Die Abgeordneten des Speckreichs wollen indes allenfalls unter der tropischen Sonne schwitzen. Ihre Interessen bestehen darin, die westliche Hilfe unter sich aufzuteilen und sich selbst nichts vorzuenthalten. Und so treiben sie sich lieber in ausländischen Ferienorten herum als in Kiew oder gar in Frontnähe.

Diesmal war es Nestor Schufritsch, ein ethnischer Ungar, der mithilfe seiner langjährigen persönlichen Beziehungen ein System ins Leben rief, bei dem Abgeordnete auf Einladung der Regierung oder von Wohltätigkeitsorganisationen (dann ist die Ausreise ausnahmsweise erlaubt) nach Ungarn reisen – und von dort an die azurblauen Küsten in den Urlaub fliegen.

Da aber die Aufenthaltsdauer bei Dienstreisen begrenzt ist und man sich länger an den Urlaubsorten aufhalten möchte, schreiben "eingeladene" Abgeordnete direkt aus dem Ausland Urlaubsanträge und ziehen so das Trinken von leckeren Cocktails und andere Vergnügungen am Urlaubsort noch in die Länge.

Es ist schwindelerregend, sich vorzustellen, wie viel Schufritsch seinen Kollegen im Parlament für eine solch wertvolle Dienstleistung in Rechnung stellt.

Nun, die Menschen in Speckreich, die von der Gesetzlosigkeit der Militärkommissare und dem Zynismus der Eliten genervt sind, können sich nur fragen, ob die mediale Aufregung über die aufgedeckten "Geschäftsreisen" und die anschließenden Urlaubsanträge der "Staatsgäste Ungarns" Folgen haben wird. Oder ob die einzige Folge womöglich darin besteht, dass andere Abgeordnete mit ähnlichen Verbindungen in andere Länder Schufritschs Geschäftsmodell nachahmen werden. Ich tippe auf Letzteres.

Tatjana Montjan ist eine prominente ukrainische Rechtsanwältin und Strafverteidigerin, Publizistin und Bloggerin mit Millionenpublikum. 2004 noch auf der Seite des ersten Maidan, bezeichnete sie den Euromaidan im Herbst 2013 als Zerstörung der ukrainischen Staatlichkeit und stellte sich entschieden gegen diesen. Vor Beginn der russischen militärischen Intervention musste sie Kiew verlassen, nachdem sie vor der UNO über die Zustände in der Ukraine gesprochen hatte. Derzeit lebt sie im Donbass, engagiert sich für humanitäre Hilfe und führt tägliche Videoblogs. Man kann ihr auf ihrem Telegram-Kanal folgen. Ihr Kanal auf Youtube wurde im Frühjahr 2022 von dem US-Unternehmen gelöscht.

* * *

Terrorakte aus Kiew: Wer ist hier der Schurkenstaat?

<https://freeassange.rtde.life/meinung/175438-staatsterrorismus-und-schurken-im-stueck/>
17.07.2023

Kiew organisiert einen Terrorakt nach dem anderen, der Westen jubelt dem zu, aber Russland ist der Schurke in diesem Stück. Das geht nicht auf. Inzwischen muss man gar keine Kenntnisse mehr über die Ukraine oder den Donbass haben, es genügt, das aktuelle Handeln

zu sehen, um Bescheid zu wissen.

Von Dagmar Henn

Also ein neuer Anschlag auf die Brücke von Kertsch, und die *Bild*-Zeitung jubelt und zitiert die *BBC*, der gegenüber ein "Insider" von Überwasserdrohnen gesprochen haben soll. Das ist der zweite Anschlag dieser Art, wieder wurden völlig Unbeteiligte getötet und wieder wird kein westliches Land den Terroranschlag verurteilen.

Mehr noch – das kleine Detail, dass die *BBC* mit einem "Insider" gesprochen hat, legt eigentlich etwas ganz anderes nahe. Die Briten haben die Ukraine mit Unterwasserdrohnen ausgerüstet und das Personal dafür ausgebildet. Mehrere Angriffe auf die Krim, auf Häfen der Krim, erfolgten bereits mit britischem Material und womöglich unter britischer Kontrolle. Ob Über- oder Unterwasserdrohne, beide hätten aus Richtung Nikolajew oder Odessa starten und zuerst die gesamte Krim umfahren müssen. Sollte sich die Vermutung bewahrheiten, dass dieser Anschlag vom Wasser aus erfolgte, ist die Wahrscheinlichkeit britischer Beteiligung, wenn nicht Planung sehr hoch.

Was einen tiefen Widersinn in der gesamten westlichen Propaganda in Erinnerung ruft. Wie war das noch mit der Debatte darüber, wann man kriegsbeteiligt sei und wann nicht? Auch das neueste Papier des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages rief ins Gedächtnis, dass seit Mitte des 20. Jahrhunderts Kriege nicht mehr erklärt, sondern durch kriegerische Handlungen de facto begonnen werden (und ja, wer dabei an Nord Stream denkt ...). Gleichzeitig legt es die Definition darüber, was als solcher zählt und was nicht, völlig in die Hand des Angegriffenen.

In den westlichen Medien wird nicht nur ständig behauptet, Russland führe einen "völkerrechtswidrigen Angriffskrieg". Nein, mehr noch, es werden alle möglichen Schauergeschichten kolportiert, es wird wider besseres Wissen behauptet, die russische Armee misshandle Kriegsgefangene und halte sich auch sonst nicht an die Genfer Konventionen. Es wird in jeder Hinsicht der Eindruck erweckt, es handele sich um einen Staat, der gleichsam wie ein Gesetzloser handelt; der weder als staatliche Struktur noch in Gestalt seiner einzelnen Soldaten irgendwelche Normen anerkenne.

Wäre dem so, müssten sich allerdings die westlichen Staaten, Deutschland eingeschlossen, weit zurückhaltender benehmen und alles tun, um ja nicht den Anschein zu erwecken, irgendwie in einem Konflikt mit diesem so gefährlichen Staat zu sein. Denn, nicht zu vergessen, dieses Monster besitzt Atomwaffen, und jemand, dem sonst jede Regel, jede Moral, jedes Recht gleich ist, hat mit Sicherheit keine Skrupel, sie auch einzusetzen, oder?

Man würde ja ja auch nicht dem berüchtigtsten Schläger in der Dorfkneipe das Mädchen ausspannen, Zucker ins Bier kippen (nicht zu vergessen, ihn vorher auch noch beim Skat zu betrügen) und dann noch ganz laut: "Hier bin ich, ich war's!" schreien, außer man hat sich eine gute Position beim Darwin-Award zum Lebensziel gesetzt.

Wenn man sich die Entwicklung deutscher Waffenlieferungen an die Ukraine betrachtet, ging das Schritt für Schritt, und jedes Mal hatte die Bundesregierung die Erwartung, dass nichts passieren werde, obwohl man sich bereits seit der Ausbildung an den Haubitzen in der Grauzone bewegt. Hat der Dorfschläger eine Grauzone? Würde ein Staat, der so verfasst ist, wie es von Russland ständig behauptet wird, überhaupt auf Handlungen in dieser Grauzone warten oder nicht schon längst selbst reagieren?

Klar, am Anfang konnten die westlichen Propagandisten noch behaupten, das sei, weil der Westen

so stark und grundsätzlich überlegen sei. Seit den jüngsten Erklärungen wie jener von US-Präsident Joe Biden zu den vorhandenen Granaten und den vielen Aufnahmen brennender westlicher Fahrzeuge dürfte deutlich genug sein, dass das immer ein Märchen war.

Wenn aber der vermeintliche zügellose Schläger nicht durch die Stärke seines Gegenübers aufgehalten wurde, warum wurde dem Knaben, der beim Skat betrügt, mit der Freundin rummacht und Zucker ins Bier kippt, nicht schon längst eine verpasst?

Das kann nur sein, wenn die ganze Erzählung nicht stimmt und die Rollen völlig anders verteilt sind. Wäre der russische Staat einer, der tatsächlich das Völkerrecht missachtet, dann könnte man ihm nicht derart auf der Nase herumtanzen, wie es die westlichen Staaten tun. Die Grauzone zwischen Nichtbeteiligung und Kriegsbeteiligung existiert überhaupt nur, weil das Gegenüber das Völkerrecht nicht bloß anerkennt, sondern geradezu pingelig beachtet. Denn selbst jemand, der diese Regeln grundsätzlich einhält, aber eher aggressiv veranlagt wäre, würde reagieren, sobald die Grenze in diese Grauzone überschritten ist. Denn wenn es unklar ist, ob eine Handlung bereits eine Kriegsbeteiligung ist oder nicht, dann ist es auch kein Rechtsbruch, sie als Beteiligung zu behandeln.

Es ist also der vermeintlich Gesetzlose, der dieses Verhalten überhaupt ermöglicht. Es ist Russland, das die Grauzone restriktiv auslegt – nicht mangels Macht. Der einzige Grund, warum der Krieg in der Ukraine trotz der Bemühungen der westlichen Regierungen nicht weiter eskaliert ist, liegt darin, dass das Gegenüber, nämlich Russland, keine Eskalation will.

Wäre die gesamte westliche Propaganda wahr, dann wäre das Verhalten der westlichen Regierungen eine Kohlhaas'sche Idiotie, und es wäre ein unerklärlicher Zufall, dass es ihnen noch nicht gelungen ist, den eigenen Untergang herbeizuführen. Dass selbst eine Unterstützung des ukrainischen Staatsterrorismus nicht dazu führt, dass im konkreten Fall beispielsweise, sagen wir, die Reste der britischen Flotte eine Exkursion zum Meeresgrund antreten, lässt sich bei einem minimalen Einsatz von Logik nur auf eine Art und Weise begründen: Die Rolle des Schurken ist völlig anders besetzt, als die westlichen Medien das glauben machen wollen.

Natürlich wird sich diese Propaganda nicht ändern. Im Gegenteil, alle Indizien deuten darauf hin, dass weiter eifrig am Bild des unzivilisierten, zügellos brutalen Russen gebastelt wird. Aber diese Überlegungen sind zumindest gut – nachdem jeder, der halbwegs logisch denken kann, imstande ist, diesem Gedankengang zu folgen, und man bei den aktiven Schreibern des propagandistischen Apparats zwar weder Recherchefähigkeiten noch Geschichtskennntnisse voraussetzen, aber wohl noch einfaches logisches Denken erwarten kann, ist damit klar, dass es sich bei ihrer Tätigkeit um kein Versehen handelt. Um keinen Mangel an Information. Sondern um schlichte, ordinäre, gewerbsmäßige Lügen.

* * *

In ihrer geistigen Schlichtheit unheilvoll – die Weltsicht der Außenministerin Baerbock

<https://freeassange.rtde.life/meinung/175454-stoppt-baerbock-jetzt/>

18.07.2023

Annalena Baerbock ist gefährlich. Ihre unterkomplexe Sicht auf den Ukraine-Konflikt verhindert dessen Lösung. Ihre Strategie der Waffenlieferung macht sie für ukrainische Soldaten zum Todesengel. Mit Baerbock als Außenministerin steht Deutschland auf der falschen Seite der Geschichte.

Von Gert Ewen Ungar

Dass Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) Außenministerin ist, ist sowohl für Deutschland als auch Europa und die Welt brandgefährlich. Baerbock ist mit dem Amt überfordert, schätzt Entwicklungen falsch ein, denkt in einfachen Schwarz-Weiß-Mustern und ist zur Differenzierung nicht in der Lage. Es fehlen ihr Basiskenntnisse in internationalem Recht, in Diplomatie und Geschichte. Sie verbreitet Desinformation und macht diese Desinformation zur Grundlage ihres politischen Handelns. Baerbock muss gestoppt werden.

Die Schlichtheit ihres Denkens führte sie erneut in einem Interview vor, das sie gemeinsam mit dem ehemaligen Boxweltmeister Wladimir Klitschko dem Springer-Journalisten Paul Ronzheimer gab. Dass Baerbock keinen geraden Satz herausbringt – geschenkt. Auch dass unklar bleibt, warum Klitschko dort sitzt, ist letztlich nicht wichtig. Er ist der Bruder des Bürgermeisters von Kiew, bekleidet selbst kein politisches Amt und ist auch kein Politikexperte. Warum er breiten Raum eingeräumt bekommt, um seine private Meinung zu äußern, bleibt das Geheimnis des Springer-Verlags.

Das allerdings, was Baerbock äußert, ist in seiner geistigen Schlichtheit unheilvoll. Die Ukraine muss den Krieg gewinnen, fordert Baerbock, und ihr ist offenbar nicht klar, was das bedeutet. Dieser Satz hat das Eskalationspotenzial bis hin zur völligen Vernichtung Europas.

Alles, was Baerbock sagt, ist falsch – Fake und Desinformation. Wladimir Putin wolle die Ukraine vernichten, behauptet Deutschlands Chefdiplomatin. Dieser Satz ist absurd. Dass Baerbock ihn offenbar selbst glaubt, macht sie für das Amt ungeeignet. Baerbock wiederholt die Phrase vom russischen Vernichtungskrieg im Laufe des Interviews unzählige Male und beweist damit, dass sie elementare Zusammenhänge der Entstehung des Konflikts nicht versteht.

Russland verfolgt mit der militärischen Spezialoperation seine sicherheitspolitischen Interessen, nachdem ihre Durchsetzung zuvor auf diplomatischem Weg gescheitert ist. Es ist eben kein Vernichtungskrieg, wie Baerbock behauptet – es ist Krieg als Politik mit anderen Mitteln. Verhandlungen mit der Ukraine begannen wenige Tage nach Kriegsbeginn. Der Krieg hätte tatsächlich kurz sein können. Dass er inzwischen über 500 Tage dauert, wie Baerbock in geheuchelt sorgenvollem Ton in Dauerschleife wiederholt, liegt daran, dass der Westen die Verhandlungen torpediert hat und zu immer umfassenderen Waffenlieferungen bereit ist.

Es ist der Westen, der kein Interesse an Frieden hat. Baerbock verdreht die Tatsachen. Ihre Haltung ist zutiefst zynisch. Was sie in angeblicher Sorge um den Frieden und die Menschen in der Ukraine vorträgt, ist menschenverachtend und dient ausschließlich der Verlängerung des Krieges. Baerbock ist gegenüber der Ukraine empathielos und ohne jede Moral.

Baerbock sagt schlicht die Unwahrheit, wenn sie von diplomatischen Bemühungen spricht, die es vor Beginn des Krieges gegeben haben soll. Noch im Dezember 2021 hatte sich Russland schriftlich an die USA und die NATO gewandt und Sicherheitsgarantien gefordert, aber lediglich allgemeine Statements zur Freiheit der Bündniswahl zur Antwort bekommen. Baerbock lehnt Gespräche nach wie vor rundheraus ab.

Unwahr ist auch Baerbocks Behauptung, dass Russland seit 2014 mit regulären Truppen im Donbass gegen die Ukraine kämpft. Es ist erwiesenermaßen falsch. So veröffentlichte die *Washington Post* am 3. Dezember 2021 eine Karte, die sich auf Erkenntnisse von US-Geheimdiensten bezieht. Sie zeigt die Präsenz russischer Truppen. Auf ihr ist zu sehen, dass sich russische Truppen zwar an der Grenze zur Ukraine und auch auf der Krim befinden, aber eben nicht im Donbass. Baerbock verbreitet Fake News, um damit ihre Eskalationspolitik zu legitimieren.

Fake ist auch, dass die Menschen in der Ostukraine auf ihre Befreiung durch die Ukraine hoffen. Die Ostukraine ist bereits in weiten Teilen befreit – durch Russland und von der ukrainischen Terrorherrschaft. Dass die Ukraine bereit ist, einen Genozid an der russischsprachigen Bevölkerung zu begehen, stellt Kiew jeden Tag unter Beweis. Die Armee der Ukraine schießt mit westlichen Waffen auf Zivilisten in Donezk und Lugansk. Baerbock verweigert sich der Kenntnismahme von Fakten.

Wenn aber die Analyse schon in allen Annahmen falsch liegt, dann kann Baerbocks Außenpolitik zur Lösung des Konflikts ebenfalls nichts beitragen. Die Lösung des Konflikts besteht laut Baerbock darin, dass sich Russland völlig aus der Ukraine zurückzieht. Dieser blanke Populismus löst aber das dem Konflikt zugrundeliegende Problem nicht: Die Sicherheitsinteressen Russlands werden weiterhin nicht beachtet. Baerbock will eine Sicherheitsarchitektur für die Ukraine und Europa in Konfrontation zu Russland und unter Missachtung russischer Belange. Damit wird der militärische Konflikt zum Dauerzustand in Europa. Baerbock ist eine Bedrohung.

Gefährlich und zynisch für den sozialen Zusammenhalt in Deutschland sind zudem ihre Äußerungen zu den Auswirkungen der Sanktionen. Man dürfe die sozialen Probleme in Deutschland nicht gegen die Unterstützung der Ukraine ausspielen. An der Inflation, dem schwindenden Wohlstand und der wachsenden Unsicherheit auf der Welt sei allein Russland schuld, behauptet Baerbock. Jeder weiß, dass das nicht stimmt. Es sind die Sanktionen, die schwerwiegende Auswirkungen sowohl auf die deutsche als auch auf die Weltwirtschaft haben. Sie sind obendrein ein Verstoß gegen das Völkerrecht, denn sie sind nicht durch den UN-Sicherheitsrat legitimiert. Baerbock leugnet auch das.

Mit Baerbock als Außenministerin isoliert sich Deutschland immer weiter. Kritik an ihr wird international inzwischen ganz offen geübt. Sie sei zu jung und unerfahren, sagte beispielsweise Prinz Okpame-Edward Oronsaye im Rahmen der Rückgabe der Benin-Bronzen, bei der alles schiefging, was schiefgehen konnte. Bei ihrem Besuch in Brasilien gab es für Baerbock nicht einmal eine Pressekonferenz. Ein Treffen mit ihrem Amtskollegen fand nicht statt. In Deutschland bekommt man das alles nicht mit, denn die deutschen Medien bilden die zahllosen Misserfolge Baerbocks nicht ab.

Für den Ukraine-Konflikt aber gilt: Deutschland unter Außenministerin Baerbock verfolgt in der Ukraine eine Politik zum Schaden der Ukraine. Die Waffenlieferungen verlängern den Krieg. Schon jetzt kennen nach einer aktuellen Umfrage des Kiewer internationalen Instituts für Soziologie 63 Prozent aller Ukrainer im Schnitt drei Personen, die im Krieg gestorben sind. Dafür trägt auch die deutsche Politik die Verantwortung. Baerbock ist für die Ukraine ein erbarmungsloser Engel des Todes. Waffenlieferungen und der Ausschluss von Verhandlungen verlängern den Krieg und das Leid. Baerbocks Politik der immer weitergehenden militärischen Eskalation wird auf Deutschland zurückfallen. Deutschland wird sich eines Tages für die Politik des Verheizens einer ganzen Generation von Ukrainern zu rechtfertigen haben.

Die Lösung des Konflikts besteht in Verhandlungen, in denen eine Sicherheitsarchitektur ausgearbeitet wird, die allen Ländern Europas dient – auch Russland. Wer sich dem verweigert, will einen langen Krieg und die weitere Eskalation. Das aber ist die Politik, für die die deutsche Außenministerin steht. Baerbock ist in ihrer geistigen Schlichtheit eine enorme Gefahr. Sie ist ohne Empathie und ohne Erbarmen. Sie schadet Deutschland, der Ukraine und Europa. Ihre Entfernung aus dem Amt ist überfällig.

* * *

"Brutaler Angriffskrieg" – Annalenas gesprungene Schallplatte

<https://freeassange.rtde.life/meinung/175626-brutaler-angriffskrieg-annalenas-gesprungene-schallplatte/>

19.07.2023

Dass Annalena Baerbock an einfachen Worten scheitert, ist man bereits gewohnt – auch, dass sie gelegentlich den Teil ausspricht, der sonst nur gedacht wird ("mir ist egal, was meine Wähler denken"). Aber jetzt scheint sie fast in einer Endlosschleife gefangen zu sein.

Von Dagmar Henn

Jedem wird es spätestens bei Corona aufgefallen sein, dass bestimmte Formulierungen immer wieder gebraucht werden. Früher verlief so etwas einigermaßen diskret und wurde nur zu Wahlkampfzeiten aufgedreht. Aber heute kann man den aktuellen Floskeln gar nicht mehr enttrinnen.

Die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock scheint sogar einen neuen Rekord anzustreben. Hier als Beispiel ein Tweet mit einer Zählung während eines ihrer jüngsten Interviews:

So etwas muss man schon geübt haben. Das muss eine Art Drill sein, der dafür sorgt, dass es keines bewussten Impulses mehr bedarf, um "brutaler Angriffskrieg" in einen Satz einzufügen. Man kann es ja nachvollziehen, dass Baerbock das Sprechen etwa so üben muss, wie Rekruten das Marschieren; nur scheinen diese Übungen, die in den Tiefen des Auswärtigen Amtes sicher stattfinden, inzwischen dazu genutzt zu werden, die Propagandadichte zu erhöhen.

Vielleicht ist es auch unschuldiger: sie wiederholt die Formulierung nur deshalb, weil sie sie so gut geübt hat und nicht fürchten muss, bei diesen Worten zu verunfallen.

Wobei diese penetrante Wiederholung nicht nur schlicht lächerlich wirkt. Sie zeigt auch gleichzeitig etwas, was Baerbock mit Sicherheit nicht zeigen wollte. Wenn man die Dosis dieser Phrasen derartig erhöhen muss, um zu garantieren, dass sie auch in jedem möglichen Ausschnitt vorkommen, dann belegt das: ihre Wirkung lässt nach.

Und das ist erfreulich. Denn diese Formeln sollen das Denken in eine bestimmte Richtung zwingen und die vorbereitete Empörung abrufen. Wenn sie nicht mehr greifen, bricht sich die Wirklichkeit Bahn.

* * *

Die Hungermacherin – Göring-Eckardt sind die Ärmsten egal, Hauptsache die Sanktionen bleiben

<https://freeassange.rtde.life/meinung/175763-hungermacherin/>

20.07.2023

Die Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestages behauptet, Russland würde Hunger als Waffe einsetzen. Sie fordert, die Sanktionen beizubehalten. Dass die Sanktionen den globalen Süden hart treffen, entlarvt ihre Sorge um die Armen der Welt als reine Heuchelei.

Von Gert Ewen Ungar

Russland hat das Getreideabkommen nicht verlängert. Die Aufregung in Deutschland ist groß und die Schuldfrage ist für die deutsche Politik ganz einfach geklärt: Russland sei nicht interessiert an

einem guten Miteinander, meint der Kanzler.

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen), verbreitet die Desinformation, Putin sei ein Diktator, der die Welt hungern lassen wolle. Sie verknüpft diese Lüge mit der Forderung, die EU dürfe die Sanktionen auf keinen Fall lockern.

Spätestens an dieser Stelle wird dann auch die ganze Verlogenheit deutscher Politik deutlich. Denn während Krokodilstränen über das aus gutem Grund nicht erneut verlängerte Getreideabkommen vergossen werden, interessieren Göring-Eckardt die Auswirkungen der Sanktionen auf die Weltwirtschaft und die Länder des globalen Südens nicht.

Sie suhlt sich in einer verachtenswerten, verlogenen Weise in der eigenen moralischen Hybris. Göring-Eckardt verweigert, die bitteren, grausamen Auswirkungen des eigenen politischen Handelns auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Der Hunger der Welt wird nicht in Russland, er wird unter anderem im Deutschen Bundestag gemacht.

Fakt ist zum einen: Die Russland-Sanktionen haben weltweit Auswirkungen und führen zu Inflation und zu Mangellagen. Die Länder des globalen Südens werden davon besonders hart getroffen. Dass diese Sanktionen obendrein völkerrechtswidrig sind, lässt die deutsche Heuchelei ins Zynische kippen. Auch wenn sich Göring-Eckardt so inszenieren mag, sie steht nicht für das Gute. Im Gegenteil. Deutschland ist international aus gutem Grund isoliert. Es spricht eine tiefe Verachtung gegenüber den Nöten und Belangen der Länder der Welt aus der deutschen Politik.

Der UN-Menschenrechtsrat hat die einseitigen Zwangsmaßnahmen des Westens verurteilt. Die deutsche Politik stört das nicht. Auch Göring-Eckardt ist noch keine Silbe der Selbstkritik angesichts des harschen Urteils des Menschenrechtsrates über die Lippen gekommen. Sie hält an den Sanktionen fest.

Den Vorwurf, dass mit diesen Sanktionen die Menschenrechte verletzt und die Armen ganz besonders hart getroffen würden, überhört man bei den Grünen geflissentlich, die sich jetzt genau dieses Arguments bedienen. Durch die Aufkündigung des Getreideabkommens käme es zu Hunger, behauptet Göring-Eckardt faktenwidrig. Das ist schon deshalb falsch, weil das ukrainische Getreide zum größten Teil gar nicht in Entwicklungsländer, sondern in die EU ging. Auch ging es nachweislich zu einem relevanten Teil in die Tiermast und wurde verfüttert. Aus dem humanitären Hilfskorridor durch das Schwarze Meer wurde ein rein kommerzieller. Der Zweck wurde entstellt. Russland hat das wiederholt kritisiert, geändert hat sich nichts.

Göring-Eckardt fordert explizit, an dem international verurteilten Sanktionsregime festzuhalten. Das zeigt, wie die Grünenpolitikerin das Argument vom Hunger und das Leid der Ärmsten der Welt für ihre Zwecke missbraucht. Faktisch ist ihr das Leid der Menschen völlig gleichgültig. Hunger und Not ließen sich sofort mindern, würden die Sanktionen aufgehoben oder zumindest in ihren Auswirkungen auf die Länder des globalen Südens überprüft und dann korrigiert. Aber genau das will die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages nicht. Und das ist verlogen.

Auch der Mangel an Dünger in den Ländern des globalen Südens ist auf die Sanktionen zurückzuführen. Auf dem Papier ist russischer Dünger zwar von den Sanktionen ausgenommen. Faktisch aber kann aufgrund der Finanzsanktionen gegen Russland ein Kauf nicht abgewickelt werden.

Als im vergangenen Monat die Ukraine eine russische Pipeline, die den Düngemittel-Grundstoff Ammoniak in den Hafen von Odessa lieferte, gesprengt hat, hielt sich die deutsche Politik mit Kritik sehr bedeckt. Es kam kein Wort der Verurteilung, insbesondere von denen, die sich jetzt

lautstark moralisch empören. Das Argument "Hunger" hat man in diesem Zusammenhang auch von Göring-Eckardt jedenfalls nicht gehört.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Nein, für den Hunger und den Mangel in der Welt ist nicht Russland verantwortlich. Maßgebliche Verantwortung trägt im Gegenteil der Westen, die EU und eben auch Deutschland. Göring-Eckardt weiß das, denn sie hat daran Anteil.

Fakt ist zum anderen, dass die Ukraine das Getreideabkommen zu militärischen Zwecken missbraucht hat. Der kürzlich erfolgte Anschlag auf die Krim-Brücke ging von einem Schiff aus, das den Getreide-Korridor nutzte. Es war nicht der erste Missbrauch. Auch dazu kein Wort von deutscher Seite.

Zum ukrainischen Terror halten sich deutsche Politiker generell völlig bedeckt. Es kommt von ihnen kein Wort der Verurteilung, wenn in Russland Menschen durch ukrainische Terroranschläge getötet werden. Auch das lässt erhebliche Zweifel aufkommen an der moralischen Integrität der deutschen Moralisten vom Schlage Göring-Eckardts.

Die moralische Empörung der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages jedenfalls ist nicht glaubwürdig. Dass ihr moralischer Kompass in die falsche Richtung zeigt, macht ihre Forderung deutlich, am Sanktionsregime festzuhalten. Ihre fehlende Empathie einerseits gegenüber den Opfern des ukrainischen Terrors, und andererseits gegenüber den Opfern des westlichen Sanktionsregimes, entlarvt die deutsche Politikerin als von einem wenig christlichen Geist beseelte Heuchlerin.

* * *

Bis zum Sieg über das Terrorregime in Kiew: Vergeltung muss systematisch sein

<https://freeassange.rtde.life/meinung/175760-vergeltung-muss-systematisch-sein/>

21.07.2023

Nach jedem Terroranschlag, nach jeder durch das Kiewer Regime organisierten Provokation fordert die russische Öffentlichkeit – verständlich – Vergeltung. Wichtiger als reflexhafte Reaktionen wäre aber ein systematisches und planvolles Vorgehen, an dessen Ende die Beseitigung eben jenen terroristischen Regimes in Kiew steht.

Von Igor Karaulow

Der jüngste Anschlag auf die Krim-Brücke durch ukrainische Terroristen – bereits die zweite in einem Jahr – hat in unserer Gesellschaft die üblichen Gefühlsschwankungen ausgelöst. Unsere Herzen fordern Vergeltung!

Möglichkeiten der Vergeltung werden rege diskutiert, das Publikum applaudiert dem Höhenflug der Phantasie. Jemand schlägt, wie schon oft zuvor, vor, die Bankowaja-Straße in Kiew (*Amtssitz des ukrainischen Präsidenten – Anmerkung der Redaktion*) zu treffen, jemand anderes, den Hafen von Odessa zu bombardieren, da wir aus dem Getreidehandel ausgestiegen sind, ein Dritter, mindestens eine Brücke über den Dnjepr zum Einsturz zu bringen. Der Sieger im aktuellen Beliebtheitsranking ist der Vorschlag, die Tower-Bridge in London anzugreifen. So ist der Maßstab der russischen Träume!

Wie auch anders? Es ist unmöglich, den Tod eines jungen Ehepaars, die Tatsache, dass dessen Tochter als Waisenkind aufwachsen wird, gelassen zu betrachten. Man kann nur mit den vielen Tausenden von Urlaubern mitfühlen, für die es jetzt sehr viel schwieriger ist, auf die Krim zu

kommen und sie zu verlassen. Die Menschen tun mir leid, mein Herz bricht, ich möchte weinen vor Wut und Unvermögen, etwas zu tun. Man kann diese Emotionen nicht für sich behalten, man muss sie rauslassen, sich äußern. Die Frage ist jedoch: Wie geht es tatsächlich weiter?

Und weiter beginnt die Arbeit nicht von Bloggern, sondern von Menschen in Uniform. Die russischen Luftstreitkräfte greifen verschiedene Einrichtungen in der Ukraine an. Der FSB berichtet von der Festnahme eines weiteren ukrainischen Saboteurs. Vielleicht werden noch andere Maßnahmen ergriffen, die einige als Vergeltung begrüßen, während andere sich unzufrieden darüber beschweren, dass wieder einmal nicht das getan wird, wovon die Blogger geträumt und worüber sie geschrieben haben.

Doch allmählich verschwindet der Grund für die Wut im Archiv des Bewusstseins und die Person beruhigt sich – bis zur nächsten aufsehenerregenden Nachricht. Wie viele von solchen emotionalen Zyklen hat es schon gegeben, wenn es schien, dass sich jetzt, nach diesem einen feindlichen Schlag, das Vorgehen im Rahmen der Militärischen Sonderoperation radikal ändern muss? Und jedes Mal war da so ein Gefühl: Jetzt geht es richtig los, jetzt muss es richtig losgehen.

Der erste Bombenanschlag auf die Krimbrücke im Oktober 2022, die Ermordung von Dascha Dugina und Wladlen Tatarski, das Attentat auf Sachar Prilepin, bei dem sein Freund und Fahrer Aleksandr Schubin getötet wurde. Entgegen unseren Erwartungen war unsere Armee nach all diesen Terrorakten nicht auf Rache aus, sondern setzte ihre Arbeit nach den Plänen fort, die das Kommando entwickelt hatte.

Stellen Sie sich vor, wir schreiben das Jahr 1941, der Große Vaterländische Krieg ist in Gange, der Feind greift Moskau und Leningrad an, und jemand fragt:

"Die Deutschen haben in Babi Jar Juden ermordet, und wo bleibt unsere Vergeltung? Wo ist die Vergeltung für die Hinrichtung von Soja Kosmodemjanskaja? Für das zerstörte Peterhof? Für die zerstörte Jasnaja Poljana?"

Solche Fragen würden seltsam klingen. Der Feind begeht jeden Tag Gräueltaten, und wir bekämpfen ihn jeden Tag – was braucht es da noch? Außerdem würden die zuständigen Behörden einen solchen Menschen fragen:

"Sie behaupten also, dass die Rote Armee bisher nicht in voller Stärke gekämpft hat? Und woher haben Sie diese Information? Das wollen wir herausfinden."

Man kann es sich ausmalen, wie es für einen solchen Kritiker damals weitergegangen wäre.

Heute können wir frei über Entscheidungen der militärischen und politischen Führung diskutieren, und dennoch scheint es mir zumindest naiv zu glauben, dass unsere Armee über irgendeine Waffe verfügt, die sie bisher zurückgehalten hat und die sie jetzt, nach einer besonders dreisten oder brutalen Gräueltat des Feindes, unbedingt einsetzen wird.

Mit einer solchen Denkweise würden wir unser Handeln von den Handlungen des Feindes abhängig machen. Wenn der Feind die Krim-Brücke sprengt, müssen wir die Brücken über den Dnjepr sprengen. Und wenn sie es nicht tun, sollten wir es nicht tun? Meiner Meinung nach sollten wir nicht nach dem Prinzip "Auge um Auge" vorgehen, sondern nach den konkreten militärischen Erfordernissen. Wenn uns diese Brücken behindern, dann sollten wir sie ohne besonderen Grund zerstören. In diesem Fall ist ihre Existenz und ihre Nutzung für die Logistik der ukrainische Streitkräfte Grund genug. Schließlich hat Russland die militärische Sonderoperation selbst eingeleitet und ihre Ziele selbst definiert. In dieser historischen Situation ist Russland also einfach

dazu verdammt, die Initiative zu ergreifen und sich nicht darauf zu beschränken, auf äußere Anreize zu reagieren.

Die Armee kämpft so gut sie kann mit dem, was sie hat. Unsere Rüstungsindustrie beschleunigt die Produktion rasant. Zu Beginn der Militärischen Sonderoperation waren wir den Ukrainern in Bezug auf Drohnen unterlegen; Enthusiasten kauften sie im chinesischen Onlinehandel für unsere Soldaten, und jetzt sind die Ukrainer selbst erstaunt über das Tempo der russischen Drohnenproduktion. Auch die Produktion anderer Waffen nimmt dramatisch zu.

Daher rührt insbesondere der Erfolg unseres Militärs bei der Eindämmung der ukrainischen Gegenoffensive. Es sei darauf hingewiesen, dass diese Erfolge durch tägliche Beharrlichkeit, Widerstandsfähigkeit und Mut erzielt werden, nicht durch einen impulsiven Ausbruch mit dem Ruf: "Ich reiße alle in Stücke!" Die Zeiten von Achilles, der den Tod von Patroklos abwartete und erst dann begann, "alle in Stücke zu reißen", sind längst vorbei.

Das sichtbarste Ergebnis der Arbeit unseres Militärs an der Front ist übrigens die Möglichkeit, die Durchfahrt einer großen Anzahl von Fahrzeugen über den Landkorridor auf die Krim, durch die "neuen Gebiete" hindurch, schnell zu organisieren. Nach den Plänen der ukrainischen Führung sollten die "neuen Gebiete" zu diesem Zeitpunkt in zwei Hälften geteilt sein und die Kiewer Truppen das Asowsche Meer erreicht haben. Dies ist jedoch nicht geschehen, so dass die logistische Wirkung des Terroranschlags auf die Krim-Brücke deutlich geringer ausfiel als erwartet.

All dies schließt die Notwendigkeit von Vergeltungsmaßnahmen nicht aus. Die Vergeltung darf nur nicht im Affekt, unter dem Eindruck feindlicher Provokationen und anderer singulärer Ereignisse erfolgen. Sie sollte in eine systematische Arbeit umgewandelt werden. In diesem Sinne hat Dmitri Peskow Recht, wenn er sagt, dass die beste Reaktion auf den ukrainischen Angriff letztlich darin bestünde, die Ziele der Sonderoperation zu erreichen.

Es ist nicht nur wichtig, sich nicht zu impulsiven Reaktionen hinreißen zu lassen, es ist genauso wichtig, nicht zu vergessen, was geschehen ist. Emotionale Schwankungen und Affekt haben nämlich das Kurzzeitgedächtnis zur Kehrseite. Deshalb ist es notwendig, die Ukraine nicht nur als terroristischen Staat zu bezeichnen, sondern sie rechtlich als solchen festzuschreiben und alle Mitarbeiter dieses Staates als Komplizen des Terrors zu qualifizieren.

Manche wenden ein: Die ukrainischen Streitkräfte greifen kritische Infrastrukturen an, und wir greifen sie auch an. Aber es gibt einen Unterschied. Wenn es einen Waffenstillstand gibt, werden die russischen Angriffe sofort aufhören, während es unvernünftig wäre zu erwarten, dass der ukrainische Terror aufhört. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Sabotage in unserem Rücken sowie der Beschuss von Zivilisten dann weitergehen würden, wie in den Jahren der geltenden Minsker Verträge. Die Erfahrungen von damals belegen den terroristischen Charakter des Kiewer Regimes. Daher gibt es keine Möglichkeit, diesen Konflikt ohne einen Regimewechsel in Kiew zu beenden.

Übersetzung aus dem Russischen. Der Artikel ist zuerst am 20.07.23 auf vz.ru erschienen.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die RT DE im Juli 2023 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf RT DE keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2023. Alle Rechte vorbehalten.